



www.laender-analysen.de/ukraine

WIRTSCHAFTSPOLITIK ZWANZIG JAHRE UNABHÄNGIGKEIT GASKONFLIKT MIT RUSSLAND

- ANALYSE
Der wirtschaftspolitische Fortschritt bleibt aus
Weder Reformen noch nachhaltiges Wachstum sind in Sicht
Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Wirtschaftliche Entwicklungen und Abhängigkeiten 6

- ESSAY
Die Ukraine zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit
Politische Unzufriedenheit so groß wie nie zuvor
Von Heike Dörrenbächer, Kiew 12
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Aktuelles Stimmungsbild 14
- ESSAY
Unvollendete Transformation
Der Wandlungsprozess in der Ukraine seit 1991 aus Perspektive des Ost-Ausschusses
Von Rainer Lindner, Berlin 16

- ANALYSE
Die neue Eiszeit in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine
Von Katerina Malygina, Bremen 18

- CHRONIK
Vom 29. Juni bis zum 13. September 2011 23



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Der wirtschaftspolitische Fortschritt bleibt aus Weder Reformen noch nachhaltiges Wachstum sind in Sicht

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

Zusammenfassung

Aufstrebende Länder, wie die Ukraine, sollten in Bezug auf ihren Wohlstand langfristig zu den entwickelten Ländern aufholen. Im Lichte eklatanter Strukturschwächen und einer hohen makroökonomischen Volatilität ist in der Ukraine jedoch kaum ein Aufholen erkennbar. Auch die bereits sichtbaren Negativentwicklungen lösen keine verstärkten Reformanstrengungen aus. Unter diesen Umständen wird das Wirtschaftswachstum auch in Zukunft gering ausfallen. Eine nur langsame Annäherung an das Wohlstandsniveau der EU-Länder bleibt das wahrscheinlichste Szenario.

Kaum Konvergenz in der Ukraine

Gemäß der Wirtschaftstheorie und der Empirie besitzen ärmere bzw. weniger entwickelte Volkswirtschaften (wie die Ukraine) das Potenzial schneller zu wachsen als entwickelte Ökonomien. Demzufolge müssten sog. aufholende Volkswirtschaften (»catching-up economies«) langfristig – ohne erratische bzw. krisenhafte Entwicklungen – zu entwickelten Ländern aufschließen. Oft wird von einer möglichen »natürlichen Konvergenzrate« (d. h. Verringerung der Wohlstandsdifferenz beim BIP pro Kopf zu Kaufkraftparität) von 1–2 Prozentpunkten pro Jahr gesprochen. In Zentral- und Osteuropa (CEE) hat das BIP pro Kopf in Relation zur EU-27 seit 1995 im Schnitt einen Prozentpunkt per annum aufgeholt. Die Ukraine ist aber ein gutes Beispiel dafür, dass solch eine Konvergenz kein Selbstläufer ist. Die Konvergenzrate zum EU-27-Wohlstand von 1995 bis 2011 liegt hier bei 0,3 Prozentpunkten per annum (vgl. Grafik 1 und 2). Sollte die Ukraine weiter so langsam aufholen wäre bis 2040 maximal ein Wohlstand von 50 % bis 60 % der EU erreichbar (derzeit 20 %).

Die geringe Konvergenz der Ukraine ist strukturellen Schwächen sowie einer extremen makroökonomischen Volatilität, die insbesondere auch für die Jahre 2008 und 2009 kennzeichnend war, geschuldet. Der letzte Einbruch der Wirtschaft ist ein Extrembeispiel eines sog. Boom-Bust-Zyklus. Zuerst gab es eine Boomphase mit einer extremen Konsum- und Investitionsbereitschaft sowie hohen Kapitalzuflüssen. In der folgenden Bust-Periode hat sich diese Entwicklung dann umgekehrt. Für die Ukraine war keine externe Finanzierung mehr herzustellen, der Internationale Währungsfonds (IWF) musste einspringen. Viele Investitionen und Finanzierungen waren nicht nachhaltig. Angesichts dieser extremen prozyklischen Wirtschaftsentwicklung ist zu klären, ob heute in der Ukraine adäquate wirtschaftspolitische Schritte gesetzt werden, um solchen Entwicklungen antizyklisch entgegenzusteuern. Dazu sind die Kernprobleme der Prozyklichkeit sowie »Lern-

effekte« bzw. Reformfortschritte im Detail zu untersuchen. Zentrale Schwächen im letzten Wirtschaftszyklus der Jahre 2000 bis 2009 waren: Strukturelle Verwundbarkeiten der Volkswirtschaft, schlechte institutionelle Rahmenbedingungen, mangelnde Reformbereitschaft und eine wenig nachhaltige Wirtschaftspolitik in den Bereichen Geld und Währung, Staatsfinanzen, Bankensektor sowie eine Risikounterschätzung internationaler Investoren.

Prozyklische Abhängigkeiten und Strukturschwächen

International betrachtet ist die ukrainische Volkswirtschaft klein; der jährliche Außenhandelsumsatz mit Waren und Dienstleistungen entspricht in etwa der Höhe des Bruttoinlandsprodukts und ist damit sehr hoch. Zudem ist der Handel konzentriert – die Stahlerzeugung macht 30 % bis 40 % der Gesamtexporte aus und die Ausfuhr des verarbeitenden Gewerbes ist einseitig auf Russland ausgerichtet (vgl. Grafik 3). Der geringe Diversifikationsgrad im Exportbereich erhöht das Risiko einer volatilen und prozyklischen Wirtschaftsentwicklung (vgl. Grafik 4). Dieser Aspekt ist jedoch kurzfristig kaum wirtschaftspolitisch zu reduzieren.

Zusätzlich ist auf das schwierige institutionelle Umfeld sowie weitere strukturelle Defizite hinzuweisen. Die Ukraine prägt ein besonders für kleine und mittelständische Unternehmen schwieriges Geschäftsumfeld, eine hohe Regulierungsdichte, ein schlecht funktionierendes Justizwesen, ausufernde Korruption sowie ein Rückstand in Hinsicht auf wichtige Strukturreformen (z. B. im Bereich Energie oder staatlicher Altersvorsorge mit dem teuersten Pensionssystem weltweit). All dies spiegelt sich im schlechten Abschneiden der Ukraine in Vergleichsstudien wider. Beispiele dafür sind der 145. Rang aus 183 Ländern in der »Doing Business« Studie der Weltbank (2011), der Punktestand von 2,4 auf einer Skala von 0 bis 10 im »Index der Korruptionswahrnehmung« (2010) von Transparency International oder der

89. Rang aus 139 Ländern im Global Competitiveness Report (2010–2011) des World Economic Forum. Trotz eklatanter Strukturschwächen schiebt die Politikelite unpopuläre, langfristig sinnvolle Maßnahmen aber so lange wie möglich auf und übt sich in populistischen Taktiken. Gleichzeitig ist die politisch gut vernetzte (großindustrielle) Wirtschaftselite kaum an der Überwindung der strukturellen Schwächen interessiert, da diese etablierten »Player« von der Beibehaltung des Status quo profitieren. Reforminitiativen gehen nur von externen Akteuren, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), aus. Da in den Bereichen der Geld- und Währungspolitik, der Fiskalpolitik und im Bankensektor kurz- bis mittelfristige Gestaltungsspielräume bestehen, wird im Folgenden auch analysiert, inwiefern Lerneffekte und Reformen erkennbar sind.

Suboptimale Geld- und Währungspolitik

Die Geldpolitik wird in der Ukraine nicht durch einen Leitzins, sondern durch Einflussnahme auf den Wechselkurs durch die Nationalbank (NBU) umgesetzt. Im Anschluss an die Hrywnja-Abwertung im Zuge der Russlandkrise 1998–1999 setzt die Ukraine auf eine enge Kursbindung der Hrywnja (UAH) an den US-Dollar (USD). Das Wechselkursregime ist als Quasi-Peg zu charakterisieren. Der UAH/USD-Kurs wird dabei konstant gehalten; im Unterschied zu einem Currency Board aber ohne institutionelle Fixierung. Es steht der NBU frei, jederzeit auf einen anderen (Fix-)Kurs zu wechseln. Ziele des Quasi-Pegs waren die Stabilisierung der Inflationserwartungen sowie die Konservierung einer unterbewerteten Hrywnja zur Stärkung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. In stahlkonjunkturell guten Jahren mit stark expandierendem Export stand die Hrywnja hierbei unter Aufwertungsdruck. Daher ließ die NBU von 2000 bis Mitte 2008 eine schrittweise begrenzte Aufwertung von 10 % zum US-Dollar zu (vgl. Grafik 5).

Die Ziele des Quasi-Pegs wurden nur partiell erreicht. Die Inflation in der Ukraine konnte nicht nachhaltig stabilisiert werden. Die hohe und stark schwankende Inflation ist nicht nur dem hohen Lebensmittelpreisanteil (60 % in der Ukraine vs. 30 % bis 40 % in CEE-Ländern wie Tschechien oder Polen) in der Inflationsberechnung geschuldet. Die beständigen Devisenmarktinterventionen ermöglichten nicht nur den Aufbau von substantiellen Währungsreserven, sie induzierten auch eine starke Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, was zur Inflationsdynamik beitrug. Das zweite Ziel, die Konservierung der UAH-Unterbewertung, wurde eher erreicht. Die hohe Inflation trieb zwar trotz nominaler Wechselkursstabilität die heimischen Kosten in die Höhe, was einer realen Aufwertung der

Hrywnja zum US-Dollar gleichkam (vgl. Grafik 6). In Relation zu den Währungsräumen der wichtigen Handelspartner (Eurozone und Russland) half jedoch der Zufall. Der Euro wertete in der letzten Dekade zum USD stark auf, was die höhere Inflation der Ukraine gegenüber den Eurozonen-Handelspartnern ausglich. Ähnliches gilt für den russischen Rubel, der stärker als die Hrywnja zum US-Dollar aufwertete. So hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine zum wichtigsten Handelspartner sogar erhöht, d. h. der Rubel hat zur Hrywnja real abgewertet.

Das Quasi-Peg hat auch eindeutige Nachteile. Die (vermeintliche) Hrywnja-Stabilität unterstützte die Schuldenaufnahme im Ausland und förderte das Fremdwährungskreditangebot an Privathaushalte bzw. die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten von Haushalten. Zudem wurde das Quasi-Peg zum Risikofaktor, als sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen mit dem Stahlpreiseinbruch 2008 verschlechterten und der Zugang zu Auslandskapital abrupt wegbrach. Auch umfangreiche Hrywnja-Stützungen am Devisenmarkt konnten die Panik und Spekulationen nicht eindämmen. Letztendlich rutschte die Hrywnja von Mitte September 2008 bis zum Jahresende 2009 ungeordnet von 5 UAH/USD auf 8 UAH/USD ab (Wertverlust 40 % zum USD). Dies war äußerst schmerzhaft für die Fremdwährungskreditnehmer (zum Höhepunkt 2008/2009 waren etwa 60 % aller Kredite in der Ukraine in Fremdwährung).

Obwohl der Fixkurs kritisch zu sehen ist, wiederholt sich die Währungspolitik nach der Krise: Seit 2009 hält die NBU die Hrywnja stabil bei 8 UAH/USD. Damit wirkt der Kurs wieder als Katalysator auf den ohnehin prozyklischen Wirtschaftsverlauf (v. a. getrieben durch die Stahlexportabhängigkeit) und nährt die Geringerschätzung von Währungsrisiken. Anschließend werden kleinste Kursänderungen argwöhnisch verfolgt und lösen massive Fluchtbewegungen aus der Hrywnja aus. Starke Sprünge der Außenhandelspreise und Spekulation können den Hrywnja-Festkurs jederzeit bedrohen. Das Quasi-Peg-Arrangement vergrößert die Risiken in einer Wirtschaftskrise. Wird es erfolgreich verteidigt, so wäre die ukrainische Währung in einer krisenhaften Situation wahrscheinlich überbewertet. Das würde die Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und einen nachfolgenden Aufschwung erschweren. Wird der Quasi-Peg in einer solchen Situation hingegen aufgegeben, so ginge dies mit einem drastischen Kursrutsch einher. Auf eine überschießende Abwertung über ein volkswirtschaftlich zu rechtfertigendes Niveau hinaus kann dann sogar eine Abwertungs-Inflations-Spirale folgen.

Ein flexibler Wechselkurs würde hingegen stärker antizyklisch wirken. Eine Flexibilisierung des Hrywnja-Währungsregimes könnte allerdings zu Perioden mit

anhaltender nominaler Aufwertung führen. Exportunternehmen wären gezwungen, durch Produktivitätssteigerungen und maßvolle Lohnabschlüsse gegenzusteuern, um die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Solch ein Umfeld – soweit von relevanten politischen und wirtschaftlichen Akteuren internalisiert – kann für eine Volkswirtschaft unter Modernisierungsdruck wie die Ukraine förderlich sein. Die Volatilität einer frei schwankenden Hrywnja könnte indes beträchtlich sein. Daher sollte eine Währungsliberalisierung mit der Fortentwicklung von Kurssicherungsinstrumenten einhergehen. Zur Glättung großer Schwankungen könnte auch ein begrenztes Eingreifen der NBU in Form eines »managed float« vorteilhaft sein. Russland praktiziert derzeit solch ein System. Die Rubelpolitik orientiert sich nicht nur an einer Währung, sondern an einem (fast) gleichgewichteten Währungskorb aus US-Dollar und Euro. Das fängt Bewegungen zwischen diesen Währungen auf. Zudem lässt die Russische Zentralbank Rubelschwankungen in einem gewissen Rahmen zu, greift aber bei heftigen Bewegungen mit Interventionen ein.

Risikofaktor prozyklische Fiskalpolitik

Fiskalpolitisch glänzte die Ukraine in den Jahren 2000 bis 2008 mit vordergründig geringen Defiziten und Staatsschulden. Das erweckte den Eindruck einer restriktiven Fiskalpolitik. Diese Periode war aber von hohen jährlichen Einnahmen- und Ausgabensteigerungen von 13 % bis 14 % (inflationsbereinigt) geprägt. Durch Exportgewinne und eine kräftige Konjunktur generierte Mehreinnahmen wurden damit sofort wieder ausgegeben. De facto war die Fiskalpolitik also extrem prozyklisch bzw. strukturell unsolide. Auf die Akkumulation fiskalischer Überschüsse (wie in Russland oder Bulgarien) wurde trotz immenser Zuwächse auf der Einnahmenseite verzichtet. Aufgrund des Verlustes des internationalen Kapitalzugangs ab 2008 konnte die Ukraine dann ihr rasch steigendes Budgetdefizit im Konjunkturabschwung nur mit IWF-Hilfe decken.

Während das erste IWF-Programm (November 2008) auf die Stabilisierung der Zahlungsbilanz und der Gesamtwirtschaft abzielte, legte das zweite Abkommen (Juli 2010) den Schwerpunkt richtigerweise auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Ergebnisse sind gemischt. Das Budgetdefizit sank von 9 % des BIP (2009) auf 7,5 % (2010), angepeilt waren aber 6,5 %. In diesem Jahr könnte sich das Spiel wiederholen: Statt der geplanten 3,5 % erwarten wir ein Defizit von mindestens 4 % des BIP, getrieben vor allem von hohen Verlusten des staatlichen Energiekonzerns Naftohas von erwartungsgemäß rund 1,5 % des BIP. Positiv hervorzuheben ist dennoch die Ausgabenpolitik der Zentralre-

gierung im ersten Halbjahr 2011. Während die Einnahmen nominal zum Vorjahr um 25 % zulegten, stiegen die Ausgaben nur um 8 %. Zieht man die Inflation (ca. 10 % ab), waren die Ausgaben real sogar leicht rückläufig (vgl. Grafik 7). Angesichts der aktuellen Defizithöhe sind aber in nächster Zeit mittelfristig notwendige Budgetüberschüsse nicht erreichbar. Zudem bleibt fraglich, ob in der Ukraine der politische Wille zu einer restriktiven, akzentuiert anti-zyklischen Fiskalpolitik vorhanden ist. Der IWF hat gerade seine Prüfungsmission zur Wiederaufnahme des aktuellen Programms mit der Ukraine (geplant vom 29. August bis 9. September) auf Ende Oktober verschoben, da er zu wenige Reformfortschritte sieht (v. a. beim Pensionssystem und den Energietarifen). Damit bleibt die Auszahlung von IWF-Geldern mindestens bis Mitte November unwahrscheinlich und ohne fiskalische Puffer wird die Ukraine angesichts ihrer zyklischen Außenhandelsabhängigkeit verwundbar bleiben.

Zu viel Optimismus im Bankensektor

Im Bankensektor erlebte die Ukraine einen extremen Boom. In Lokalwährung legten die Kredite von 2005 bis 2008 jedes Jahr um etwa 70 % zu, in Euro gerechnet zwischen 20 % und 50 %. Das Kreditvolumen stieg von 32 % des BIP (2005) auf fast 80 % (2009). Damit erlebte die Ukraine einen extremen Anstieg der Finanzintermediation (d. h. Kredite in Relation zum BIP). Sie lag sogar über dem der Eurozonen-Länder mit einer problematischen Bankensektorexpansion. In der Ukraine stieg die Finanzintermediation von 2005 bis 2009 um etwa 50 Prozentpunkte an (vgl. Tabelle 1 und Grafik 8), in Irland um 34 Prozentpunkte und in Spanien um 25 Prozentpunkte. Letztere rasche Anstiege sind sehr problematisch, da sie auf einem deutlich höheren Niveau der Finanzintermediation erfolgten. Allerdings zeigt die Erfahrung der Ukraine, dass ein rascher Anstieg der Finanzintermediation auch von einem niedrigerem Niveau aus Stabilitätsrisiken birgt. Die Haushaltskredite in Relation zur Wirtschaftskraft erreichten etwa in kurzer Zeit einen höheren Wert als in der Eurozone. Zudem erreichte die Relation der Kredite zu Einlagen bei ukrainischen Banken mit 219 % nicht nachhaltig refinanzierbare Höhen. Des Weiteren hat das rigide Wechselkursregime der Vorkrisenzeit die externe Finanzierung der Kreditvergabe über grenzüberschreitende Finanzierungen sowie die Fremdwährungskreditvergabe begünstigt. Die weitflächige Ausreichung von Hartwährungskrediten an Haushalte ohne konstante Hartwährungseinkünfte ist ein gesamtwirtschaftlicher Risikofaktor. Infolge der wenig nachhaltigen Bankensektorexpansion stiegen auch die notleidenden Kredite in der Ukraine mit 30 % bis 40 % auf extreme Höhen

an (etwa so hoch wie in anderen Emerging Markets Krisen). In den Jahren 2009 und 2010 war die Profitabilität des Bankensektors deutlich negativ, d. h. der Bankensektor machte insgesamt Verluste. Im Bankensektor hat die Ukraine deutlich schlechter abgeschnitten als andere CEE-Länder.

Derzeit ist das Kreditwachstum in der Ukraine mit 5,6 % (bis Juni 2011), nach einem Rückgang im Jahr 2009 (-2,1 %) und einem leichten Anstieg 2010 (+0,8 %) gebremst. Zudem steigen die Depositen, was den Bankensektor solider macht. Aktuell liegt die Kennzahl Kredite zu Einlagen bei 167 % (219 % in 2008). Damit liegt dieser Indikator noch immer deutlich über der 100 %-Marke. Dies bedeutet, dass die ausstehenden Kredite des ukrainischen Bankensektors nicht vollständig durch inländische Einlagen gedeckt sind und der Sektor auf die fortgesetzte Bereitstellung ausländischen Kapitals angewiesen ist. Der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten Kreditportfolio ist rückläufig (derzeit 44 % vs. fast 60 % im Jahr 2008). Zudem ist die Finanzintermediation angesichts der schwachen Kreditvergabe im Jahr 2010 zurückgegangen. Die Kredite in Relation zum BIP sanken von 77 % auf 66 %. Es könnte sein, dass die kreditlose Wirtschaftserholung einige Zeit anhält und die Relation Kredite zu Einlagen auch noch niedrigere Werte erreichen wird. Vor allem westliche Banken, die zuvor den Boom nährten, sind derzeit sehr vorsichtig bei der Kreditvergabe (gerade auch in Fremdwährung). Einige Banken in lokaler oder russischer Eigentümerschaft bieten aber schon wieder aggressiv Kredite an. Diese Akteure verfolgen nicht nur kommerzielle Ziele. Derzeit ist es recht einfach in der Ukraine Marktanteile im Bankensektor zu kaufen. Langfristig ist – wie das Exempel Ukraine zeigt – eine Kreditexpansion deutlich über das volkswirtschaftliche Absorptionspotenzial hinaus aber sehr schädlich. Insofern wären jährliche Kreditwachstumsraten von über 10 % bis 15 %, die nicht von korrespondierenden Depositenanstiegen von 12 % bis 15 % begleitet werden, als Zeichen einer erneut wenig nachhaltigen Bankensektorexpansion in der Ukraine anzusehen. Regulierungsmaßnahmen, die die Fremdwährungskreditvergabe sinnvoll begrenzen (hier ist Polen ein gutes Beispiel für adäquate Qualitätsstandards) oder das Kredit- und Depositenwachstum in den skizzierten Bandbreiten halten – wie von der NBU derzeit angedacht –, erscheinen sinnvoll.

Weiterhin hohe Abhängigkeit von »hohem Risikoappetit«

In der Vergangenheit profitierte die Ukraine von einer geringen Risikopreisung am internationalen Kapitalmarkt. Anleihen konnten zu relativ niedrigen Zinssätzen am Markt platziert, Kredite relativ preisgünstig auf-

genommen werden. Diese Risikopreisung war jedoch ein zweischneidiges Schwert. Viel Kapital ist zu geringen Risikoprämien ins Land geflossen. Weltweit gesehen lag der Anteil der Ukraine an internationalen Anleiheemissionen konstant über dem Wirtschaftskraftanteil unter den Emerging Markets. Außer in den Krisenjahren 2008 und 2009 lag der Anteil der Ukraine an internationalen Anleiheemissionen global in den letzten Jahren immer zwischen 1 % und 3 %; der BIP-Anteil der Ukraine unter den Emerging Markets weltweit schwankte zwischen 0,3 % und 0,9 %. Insgesamt hat die Ukraine vor der Krise vor allem auf Schulden erzeugende Kapitalzuflüsse (Fremdkapital über internationale Anleihen und Kredite) gesetzt. Bei internationalen Aktienemissionen war die Ukraine unterrepräsentiert im Vergleich zu anderen aufstrebenden Ländern. Die geringe Bereitschaft, sich nur mit nicht bzw. beschränkt haftendem Fremdkapital in der Ukraine zu engagieren – nicht mit haftendem Eigenkapital –, zeugt nicht von einem nachhaltigen Investorenvertrauen. Und als sich in der letzten Wirtschaftskrise Risiken abzeichneten, haben viele Investoren ihr zu kaum risikoadäquaten Preisen eingekauftes Ukraine-Engagement rasch zurückgefahren.

Bezüglich der aktuellen Risikopreisung und internationalen Kapitalmarktaktivität ergibt sich ein differenziertes Bild. Im Vergleich zu 2008 und 2009 sind die Kapitalmarkttrisikoprämien für die Ukraine merklich zurückgekommen (Grafik 9). Sie liegen im Gegensatz zur Vergangenheit aber noch über denen anderer Emerging Markets. Allerdings strömt wieder viel Kapital ins Land. Im Rahmen von elf Transaktionen wurden 2011 bereits 6,2 Milliarden US-Dollar an internationalen Anleihen aus der Ukraine platziert. Das entspricht 8 % bis 9 % des Gesamtmarktes in der EEMEA-Region (Emerging Europe, Mid-East und Africa) bzw. 3 % der globalen Anleihenplatzierungen der Emerging Markets (Grafik 10). Damit liegt die Ukraine bei den platzierten Volumina fast wieder auf Vorkrisenniveau. In Bezug auf den Marktanteil in der Gesamtregion EEMEA und global gesehen hat die Ukraine das Vorkrisenniveau sogar wieder übertroffen. Es fließt also wieder viel Auslandskapital zu; derzeit aber (noch) mit relativ realistischem Risikobewusstsein. Allerdings bleibt die Ukraine damit äußerst abhängig vom internationalen Kapitalmarktumfeld und konstantem Investorenvertrauen. Beides kann sich jedoch rasch ändern: die globalen Finanzmärkte durch die Schuldenkrisen in globalen Schlüsseländern und das Investorenvertrauen in die Ukraine selbst durch das schwierige heimische politische Umfeld. Sinnvoll erscheinen insofern vorausschauende Maßnahmen auf Mikro- und/oder Makroebene, welche die externe Verschuldung einzelner Akteure des Landes auf ein tragfähiges Niveau begrenzen.

Fazit

Die Stahlabhängigkeit der Ukraine, mit ihrer inhärenten Prozyklichkeit, lässt sich kurzfristig kaum reduzieren. Aber ein adäquateres antizyklisches Management in den skizzierten wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern könnte das Risiko erneuter Boom-Bust-Zyklen mindern bzw. ein nachhaltigeres Wachstum liefern. Allerdings sind in der Ukraine derzeit kaum tiefgrei-

fende wirtschaftspolitische Reformen erkennbar. In einigen Bereichen gibt es sogar fast ein Zurück zu Vorkrisenpraktiken. Reforminitiativen gehen nur von externen Akteuren aus. Wie auch in der Krise sperrt sich vor allem die Politik – im Gegensatz zu anderen CEE-Ländern – gegen Reformen. Somit erscheint ein weiterhin niedriger Wachstums- bzw. Konvergenzpfad – über die Wirtschaftszyklen hinweg – als wahrscheinlichstes Szenario.

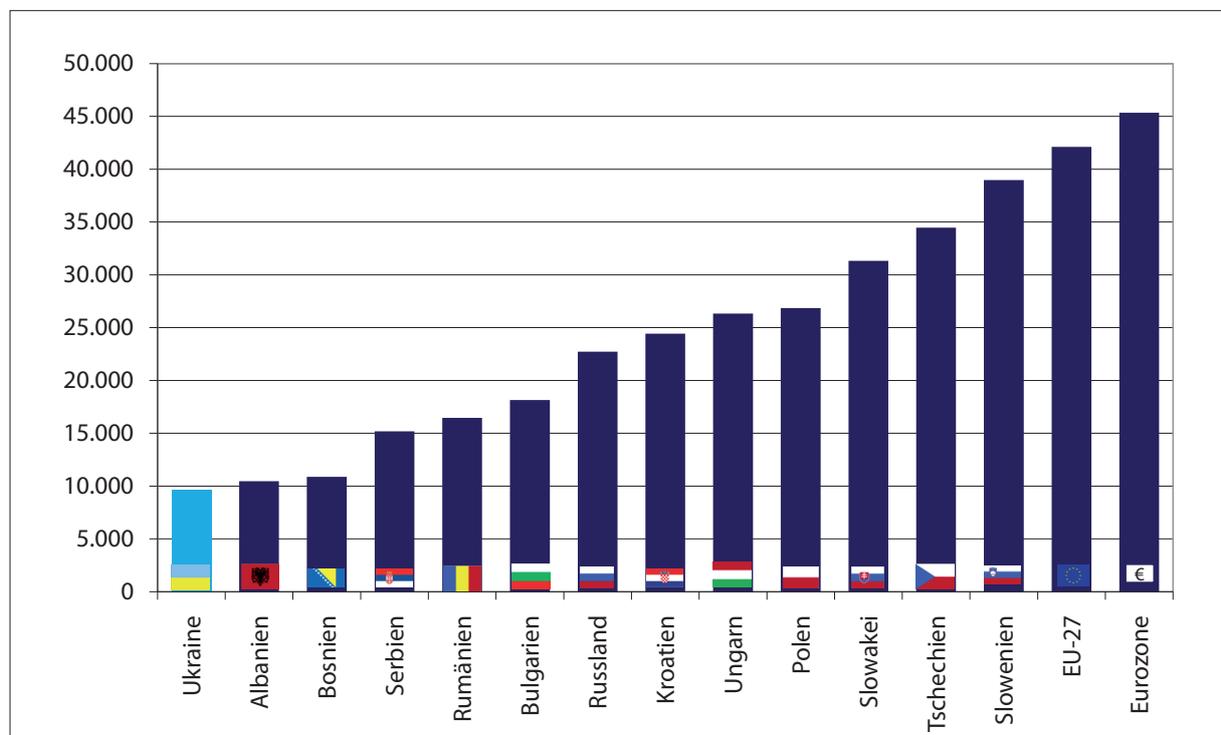
Über die Autoren:

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), Raiffeisen RESEARCH in Wien. Andreas Schwabe analysiert die GUS-Region mit Schwerpunkt Ukraine bei der Raiffeisen Bank International.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

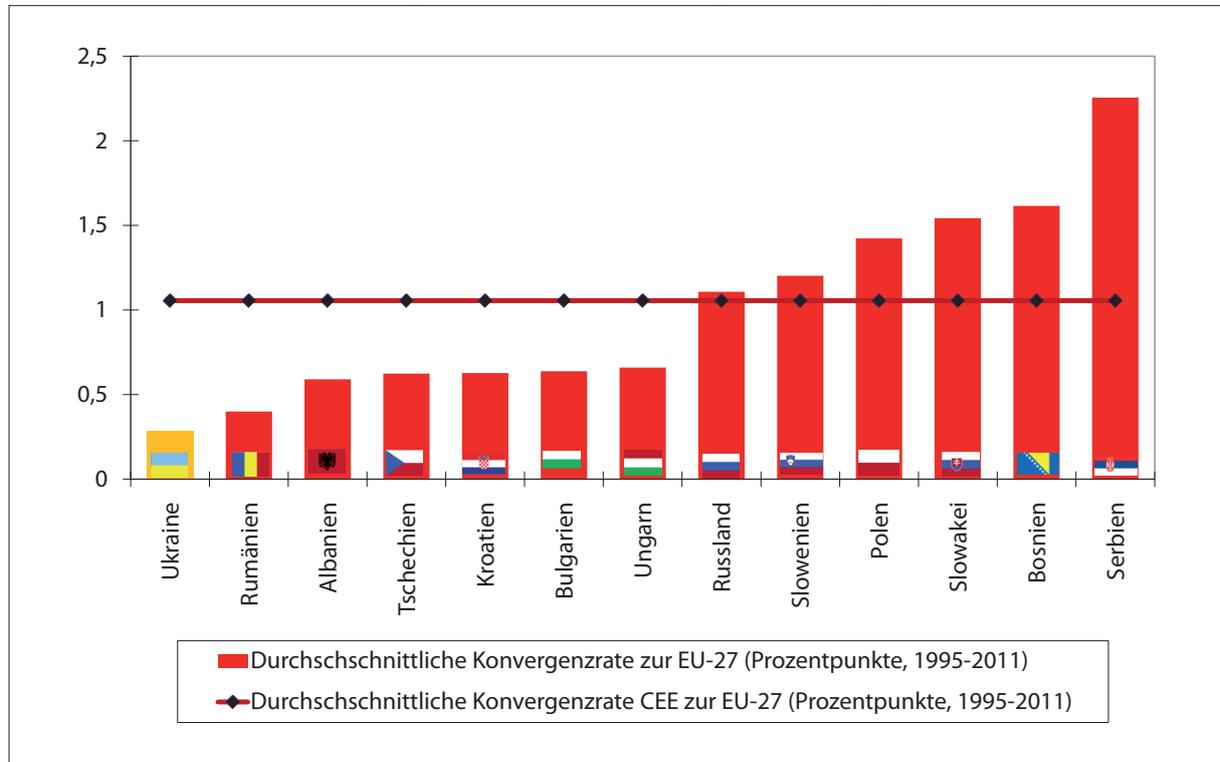
Wirtschaftliche Entwicklungen und Abhängigkeiten

Grafik 1: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparität (in EUR, 2011)



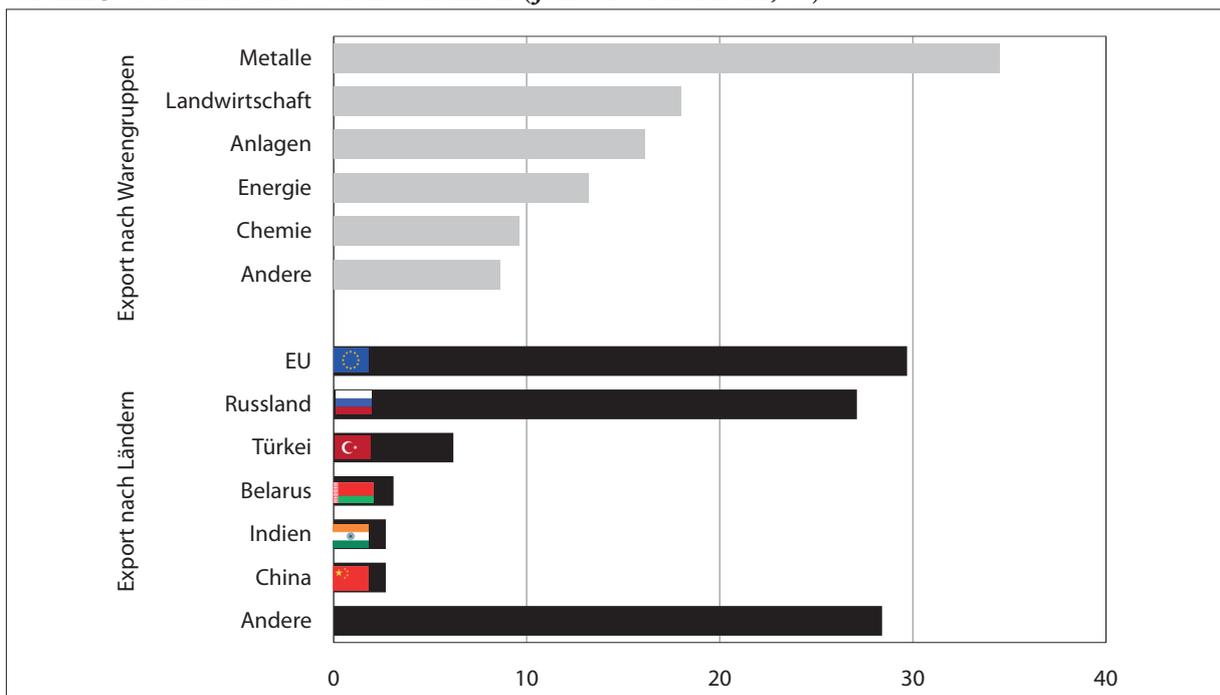
Quelle: IWF, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 2: Einkommenskonvergenz* der Ukraine im regionalen Vergleich



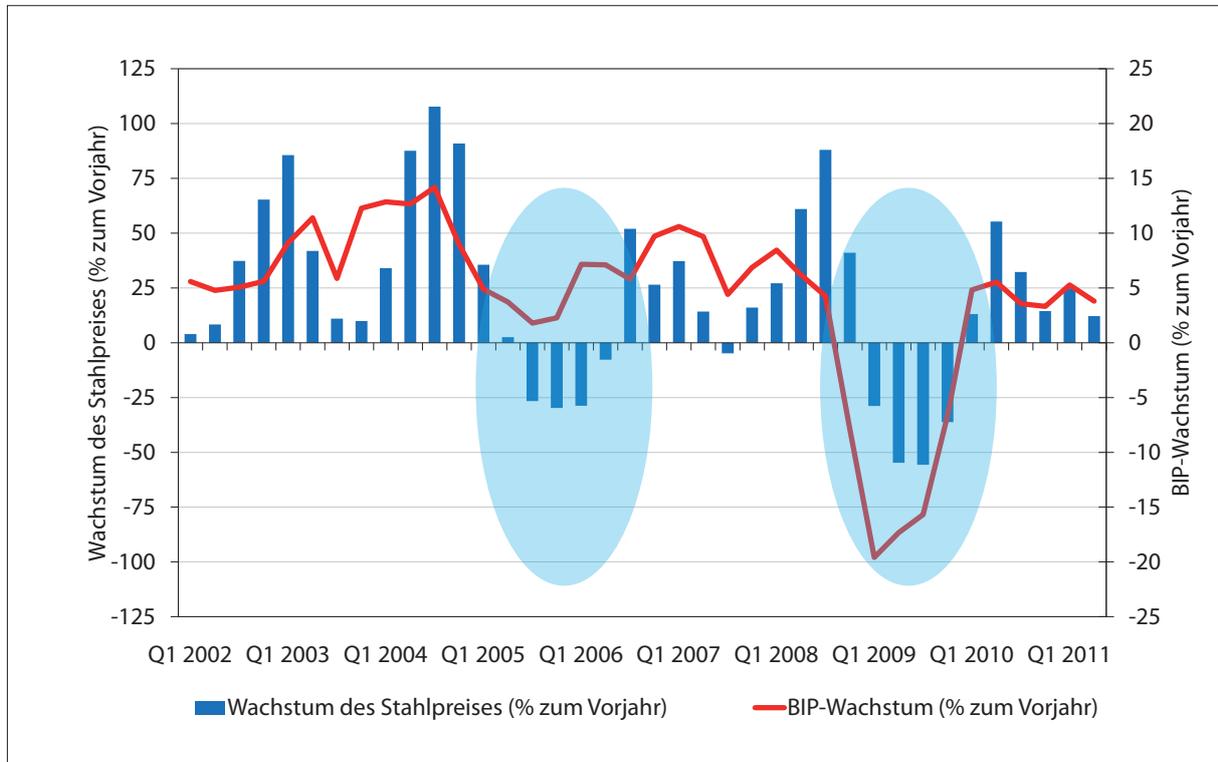
* Veränderung des BIP pro Kopf zu Kaufkraftparität jedes Landes in Relation zum BIP pro Kopf zu Kaufkraftparität der EU-27
 Quellen: IWF, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 3: Struktur der Warenausfuhren (Januar – Mai 2011, %)



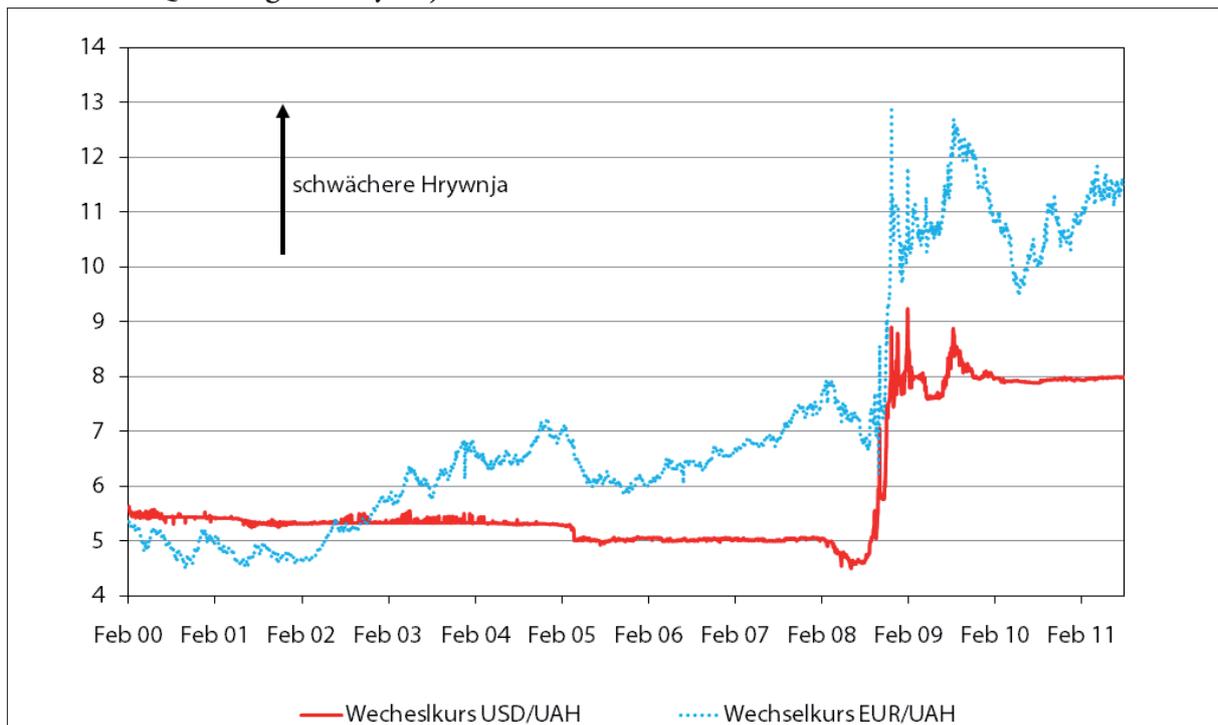
Quelle: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 4: Stahlpreise und Wirtschaftswachstum



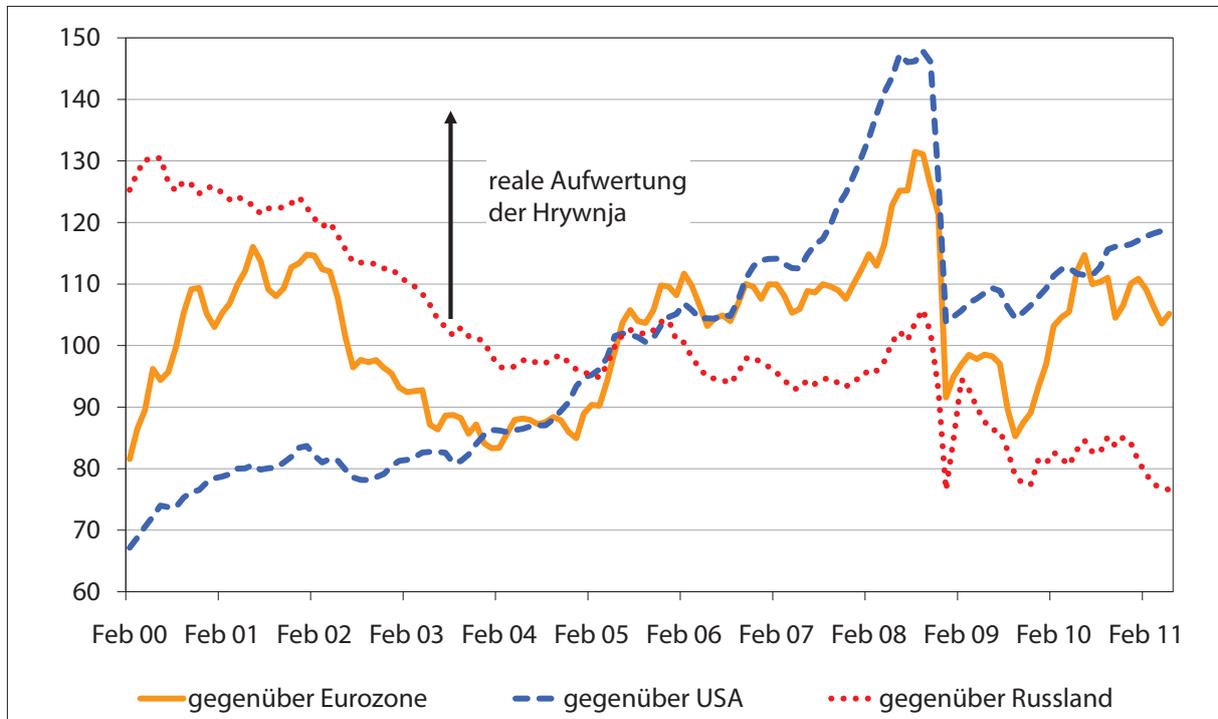
Quelle: Bloomberg, Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 5: Quasi-Peg der Hrywnja zum US-Dollar 2000–2011



Quelle: Reuters.

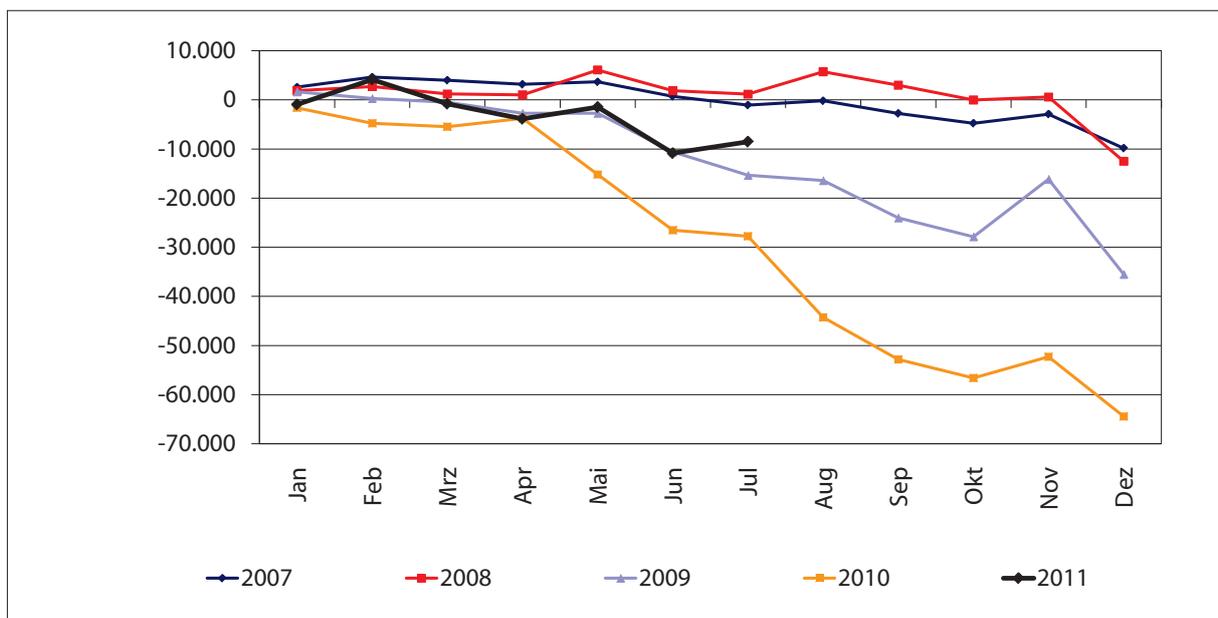
Grafik 6: Bilaterale reale Wechselkurse der Ukraine (Index 2005=100, basierend auf Verbraucherpreisindex)



Anm.: Ein bilateraler realer Wechselkursindex setzt sich aus dem nominalen Wechselkurs und der Differenz in der Inflationsentwicklung der Ukraine gegenüber einem anderen Währungsraum zusammen. Nominale Aufwertung der UAH und höhere Inflation in der Ukraine wirken in Richtung einer realen Aufwertung.

Quelle: Thomson Reuters, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 7: Nominales Haushaltsdefizit des Zentralstaats seit 2007 (Mio. UAH, kumuliert)



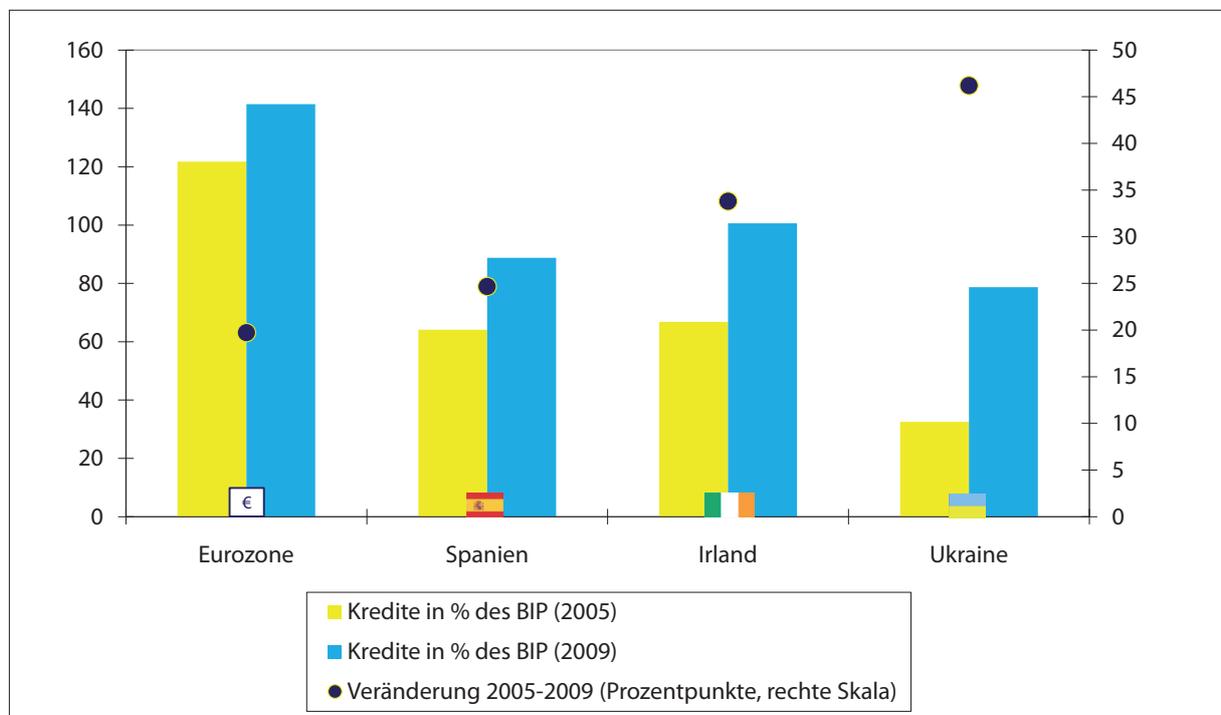
Quelle: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, Raiffeisen RESEARCH.

Tabelle 1: Bankensektordaten Ukraine

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	H1 2011
Kredite (Mio. UAH)	67.835	88.579	143.418	245.312	426.927	733.919	718.717	724.554	764.931
Wachstum, % gegenüber Vorjahr	61,4	30,6	61,9	71,0	74,0	71,9	-2,1	0,8	5,6
Kredite (Mio. EUR)	10.088	12.280	24.100	36.853	57.882	69.015	62.619	67.809	66.113
Wachstum, % gegenüber Vorjahr	34,3	21,7	96,3	52,9	57,1	19,2	-9,3	8,3	-2,5
in % des BIP	25,4	25,7	32,5	45,1	59,2	77,4	78,7	66,2	n.a.
Fremdwährungskredite (% aller Kredite)	41,7	42,2	43,3	49,5	49,9	59,1	51,2	46,6	44,7
Einlagen (Mio. EUR)	8.938	11.276	22.476	27.489	37.977	33.646	28.555	38.767	39.685
Wachstum, % gegenüber Vorjahr	28,9	26,2	99,3	22,3	38,2	-11,4	-15,1	35,8	2,4
in % des BIP	22,5	23,6	30,3	33,6	38,9	37,7	35,9	37,8	n.a.

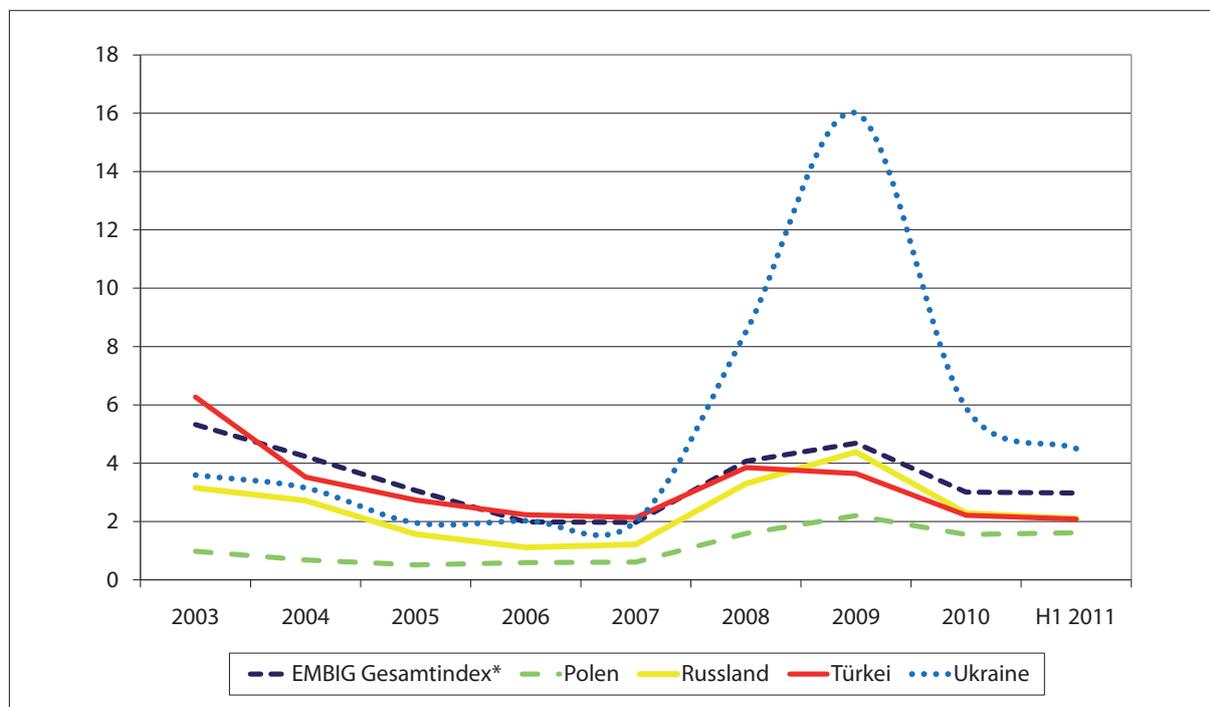
Quellen: Nationalbank der Ukraine, Raiffeisen RESEARCH.

Grafik 8: Entwicklung der Finanzintermediation (Kredite in % des BIP)



Quellen: Europäische Zentralbank, Nationalbank der Ukraine, Raiffeisen RESEARCH.

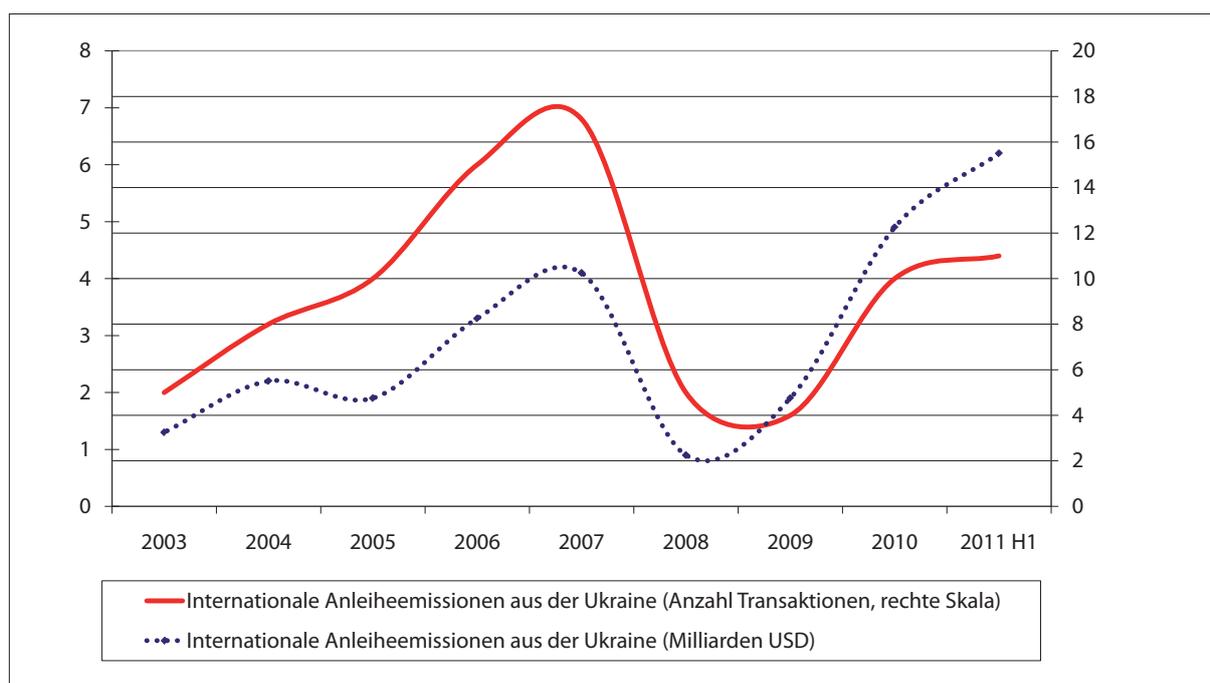
Grafik 9: Entwicklung der Risikoprämien am internationalen Kapitalmarkt (Renditedifferenz zu US-Staatsanleihen, in %)



*EMBIG: Emerging Market Bond Index Global, Benchmarkindex für USD-Anleihen aus Schwellenländern.

Quellen: JP Morgan, Raiffeisen RESEACH.

Grafik 10: Internationale Anleiheemissionen aus der Ukraine



Quelle: Bloomberg.

Die Ukraine zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit

Politische Unzufriedenheit so groß wie nie zuvor

Von Heike Dörrenbächer, Kiew

Umfrageergebnisse

Die Unzufriedenheit mit der Regierung und die Politikverdrossenheit der Ukrainer sind so groß wie nie zuvor in den zwanzig Jahren der Unabhängigkeit. Dies belegt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK Ukraine vom Juni 2011. 67 % der ukrainischen Bevölkerung trauen ihrem Präsidenten Wiktor Janukowytsch nicht und sind der Meinung, dass das Land in die falsche Richtung abgleitet. Nur 8 % der Bürger glauben, dass sich die Ukraine in die richtige Richtung bewegt (s. Grafik 1 und 2). »Die Enttäuschung der Ukrainer über die Politiker hat einen langjährigen Höhepunkt erreicht«, kommentiert Hlib Vischlynskyj, der stellvertretende Direktor der GfK Ukraine.

Eine Umfrage des renommierten Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) zeigt, dass die GfK mit dieser Einschätzung nicht allein dasteht. Danach waren im Juni 2011 gerade noch 11 % der Ukrainer mit der Situation im Land zufrieden, während es im Juni 2010 noch 38 % gewesen waren. Die Zahl der mit der Situation Unzufriedenen hat erheblich zugenommen: von 35 % im Juni 2010 auf 63 % im Juni 2011! (s. Grafik 3)

Wie auch schon in früheren Meinungsumfragen deutlich wurde, nimmt die Zahl der politisch Gleichgültigen, der politisch Unentschlossenen und derjenigen, die – nach der Besonderheit des ukrainischen Wahlsystems – »gegen alle« stimmen würden, kontinuierlich zu. Wenn im Juni Parlamentswahlen stattgefunden hätten, so die GfK, dann hätten 16 % der Bevölkerung gar nicht teilgenommen, 22 % nicht gewusst, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen, und 24 % hätten »gegen alle« gestimmt (s. Grafik 4).

Auch die Antwort auf die Frage nach dem Wahlverhalten bei Präsidentschaftswahlen sprechen für sich: Nach der GfK-Umfrage hätten im Juni 2011 26 % der Ukrainer nicht an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen, 22 % hätten »gegen alle« gestimmt und 14 % nicht gewusst, für welchen Präsidentschaftskandidaten sie stimmen sollen (s. Grafik 5).

Insbesondere bei den Anhängern der Partei der Regionen im Süden und Osten hat sich die Zahl derer, die unzufrieden sind, fast verdreifacht. Dort liegen die Hochburgen der Anhänger der Partei der Regionen. Im Westen der Ukraine war die Partei ohnehin nie populär.

Gründe für die Unzufriedenheit

Die Gründe für die zunehmende Unzufriedenheit liegen vor allem in den sozialen Einschnitten, die die Ukraine durchführen muss: Heraufsetzung des Rentenalters, Erhöhung der Preise für die kommunalen Dienstleistungen und Erhöhung der Gas- und Strompreise; diese wurden bisher von der Regierung stark subventioniert, ihre Erhöhung ist aber die Vorbedingung für die Auszahlung der nächsten beiden IWF-Tranchen an die Ukraine in Höhe von jeweils 1,6 Mrd. US-Dollar. Hinzu kommen sinkende Reallöhne und die Gefahr einer sinkenden Außennachfrage im zweiten Halbjahr.

Nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit muss man feststellen, dass bei den wirtschaftlichen Reformen viel versäumt wurde. Es gibt nach wie vor keinen gesunden Mittelstand in Form von kleinen und mittleren Unternehmen, die Korruption wächst, ausländische Direktinvestitionen sind in der Ukraine im Vergleich mit anderen Ländern wie z. B. Tschechien und Polen niedrig.

Die Deutsche Beratergruppe in der Ukraine konstatiert, dass der Ukraine hinsichtlich der Verbesserung des Investitionsklimas und der gezielten Investitionsförderung noch ein weiter Weg bevorsteht. Im Mai 2010 wurde ein umfassendes Reformprogramm des Präsidenten für die Jahre 2011 bis 2014 verabschiedet. Die wichtigsten Bestandteile des Reformprogramms sind die Steuerreform, die Stabilisierung des Staatshaushaltes und die Deregulierung, die unternehmerische Tätigkeit fördern soll. Auch wenn die Beratergruppe bei der Beurteilung der Steuerreform und den Anstrengungen hinsichtlich der Deregulierung zu positiven Ergebnissen kommt, beschweren sich viele Unternehmer über die Umsetzung der Reformen und vor allem die Willkür der Steuerbehörden und die grassierende Korruption.

Prozess gegen Tymoschenko

Der politisch motivierte Prozess gegen Julija Tymoschenko und ihre Verhaftung, die viele Länder nicht nachvollziehen können, haben das Land international in Misskredit gebracht. Auch Staatsminister Hoyer äußerte sich besorgt über die Verhaftung der ehemaligen Ministerpräsidentin und erklärte, dass der Verdacht einer politisch motivierten Justiz eine erhebliche Hürde für die Annäherung der Ukraine an die EU bedeute. Hoyer plädierte für die Gewährleistung von rechtsstaatlichen Verfahren und für ein unabhängiges und überparteiliches Rechtssystem.

Daran fehlt es in der Ukraine – nicht erst seit der Verhaftung von Tymoschenko. Allerdings fragen sich heute viele: Wenn mit der ehemaligen Ministerpräsidentin schon völlig willkürlich umgesprungen wird, wie ergeht es dann erst denjenigen, die keine internationale Aufmerksamkeit genießen?

Der Slogan »Heute Julija – morgen Du« hat noch nicht zu einer politischen Massenmobilisierung geführt. Auf der Kiewer Hauptstraße, dem Chreschtschatyk, auf dem auch das Gerichtsgebäude liegt, in dem der Prozess gegen Julija Tymoschenko verhandelt wird, spielt sich derzeit ein absurdes Sommertheater ab. Bezahlte Demonstranten der Partei der Regionen stehen Parteianhängern von Tymoschenko vor der Einfahrt in den Gerichtssaal gegenüber und versuchen, sich durch laute Musik und Geschrei gegenseitig zu übertönen.

Die vorübereilenden Passanten sehen eher genervt aus und nehmen kaum Notiz vom Geschehen, das sich seit dem 5. August an jedem Prozesstag abspielt.

Eine positive Wirkung hatte die Verhaftung von Julija Tymoschenko: Die Oppositionsparteien haben ein »Komitee gegen Diktatur« gegründet und rufen »alle, denen die ukrainische Unabhängigkeit und Demokratie teuer ist«, dazu auf, sich dem Komitee anzuschließen.

Beziehungen zur EU

Im Lande selbst, aber auch im Ausland wird heftig darüber diskutiert, wie man auf die jüngsten politischen Ereignisse in der Ukraine reagieren sollte. Es gibt Anhänger der Sichtweise, dass die Ukraine immer enger an die EU herangeführt wird und sich automatisch immer stärker an die Spielregeln der EU anpassen und halten muss, wenn sie z. B. ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU abschließt. Julija Tymoschenko hat aus dem Gefängnis heraus dafür plädiert, dass ihre Verhaftung kein Anlass sein sollte, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, sondern sich dafür ausgesprochen, so schnell wie möglich zu Ende zu verhandeln. Dahinter mag die Sorge vor einem wachsenden Druck Russlands stehen, die Ukraine zum Beitritt in die Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus zu bewegen.

Die Gegner dieser Position fragen, warum man denn ein »tiefes und umfassendes Freihandels- und Assoziierungsabkommen« abschließen soll, wenn die Ukraine gar nicht willens ist, die europäischen Standards (Demokratie, Rechtsstaat, freie und faire Wahlen) zu erfüllen. Sie insistieren darauf, dass die EU auf Werten, nicht nur auf Wirtschaftsregeln basiert. Wer im Club mitspielen möchte, muss sich an die Regeln halten. Dazu gehören freie und faire Wahlen, Rechtsstaat und unabhängige Gerichte und eine Demokratie, die nicht nur eine Farce ist. Man muss allerdings bedenken, dass es beim

Abschluss des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens nicht um den Beitritt zur Europäischen Union geht. Die Aussicht auf einen Beitritt ist bisher gerade nicht Bestandteil der Verhandlungen.

Fazit

Wer glaubt, dass wir von außen die Richtungsentscheidung der Ukraine für oder gegen eine Europäisierung des Landes beeinflussen können, erwartet zu viel. Die Ukraine muss sich selbst entscheiden, ob sie das russische Entwicklungsmodell verfolgen möchte oder ob sie im kurzfristig schwierigeren, langfristig aber hoffnungsvolleren Weg der Strukturreformen, der Demokratisierung und der Umsetzung von Rechtsstaat ihre Zukunft sieht.

Die Ukraine steht innen-, wirtschafts- und außenpolitisch gewaltig unter Druck. Diesen hat Russland mit dem Angebot vom 15. August an die Ukraine, die Gasbeziehungen »nach dem belarussischen Modell« zu gestalten, noch erhöht. Zwar ist nicht ganz klar, zu welchem Preis genau Belarus künftig Gas beziehen wird. Das Nachbarland zahlt aber heute schon mit durchschnittlich 250 US-Dollar pro 1000 m³ deutlich weniger als die Ukraine. Die Gegenleistung dafür ist hoch: Belarus hat bereits 50 % der Gasleitungen an Gazprom verkauft. Russland möchte auch die zweite Hälfte und damit die Kontrolle über Beltransgas erlangen. Bisher widerstand die ukrainische Regierung der Verlockung einer kurzfristigen wirtschaftlichen Erleichterung durch niedrigere Gaspreise, die Russland auch im Falle eines Beitritts zur Zollunion mit Kasachstan und Belarus verspricht. Die ukrainische Regierung weiß sehr gut, dass ein Beitritt zur Zollunion mit dem Abschluss eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der EU nicht kompatibel ist.

Vieles spricht dafür, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen nicht abzubrechen, sondern genau das zu tun, was die EU, das Europäische Parlament und einzelne Mitgliedsstaaten bereits getan haben: Beharrlich immer wieder die europäischen Werte einfordern und klare Signale senden – so wie es anlässlich der fragwürdigen Verhaftung von Julija Tymoschenko auch geschehen ist.

Das »Komitee gegen die Diktatur« hat am 24. August zum Tag der Unabhängigkeit erstmals eine gemeinsame Aktion durchgeführt und zur Demonstration gegen die Regierung aufgerufen. Eine Demonstration durch die Stadt wurde verboten. Daraufhin hat sich die Opposition im Taras-Schewtschenko-Park versammelt, ein symbolträchtiger Ort für die ukrainische Unabhängigkeit, der in der Vergangenheit schon öfter Ausgangspunkt für Proteste war. Ca. 3.000 bis 5.000 Anhänger sind gekommen. Dies zeigt, dass es noch nicht die Zeit

für Massenproteste ist. Traditionell sind Protestaktivitäten erst im Herbst zu erwarten, zumal dann auch die Auswirkungen der höheren Energiepreise zu spüren sein werden.

Ralf Dahrendorf hat auf einen Zusammenhang hingewiesen, der für die Ukraine derzeit zutreffen dürfte: »Die wohl größte Bedrohung der Freiheit im 21. Jahr-

hundert ist der Autoritarismus, wenn eine kleine Gruppe herrscht und ein Großteil der Bevölkerung Politik gleichgültig gegenübersteht.« Die zu Anfang ausführlich zitierten Meinungsumfragen weisen genau in diese Richtung. Ein weiteres Voranschreiten auf diesem Weg zu verhindern, ist die Aufgabe, die nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit noch bevorsteht.

Über die Autorin:

Dr. Heike Dörrenbächer arbeitet in Kiew für die Friedrich-Naumann-Stiftung als Leiterin des Projekts Ukraine und Belarus.

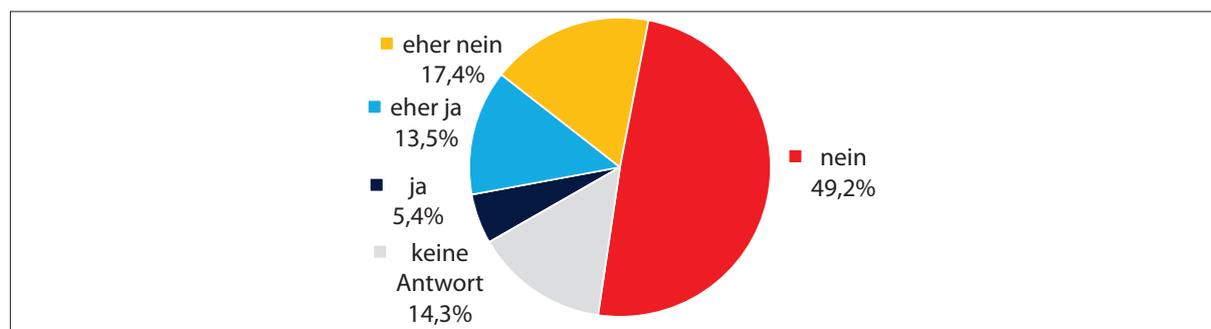
Lesetipp

Der abgedruckte Text ist eine leicht geänderte Version des Beitrags: Dr. Heike Dörrenbächer: Die Ukraine 20 Jahre nach der Unabhängigkeit – politische Unzufriedenheit so groß wie nie zuvor, Politische Berichte aus aktuellem Anlass, Nr. 35, Friedrich-Naumann-Dtiftung für die Freiheit, <http://www.freiheit.org/Politische-Berichte-aus-aktuellem-Anlass/415c19930i1p/index.html>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

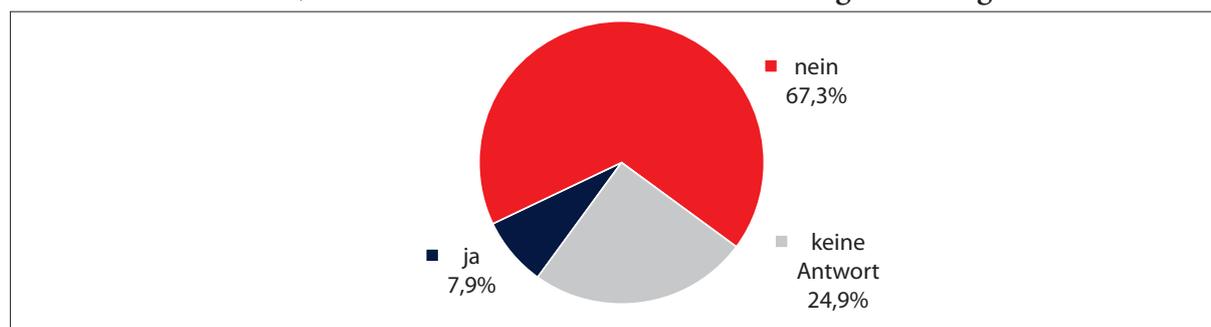
Aktuelles Stimmungsbild

Grafik 1: Vertrauen Sie dem Präsidenten Wiktor Janukowytsh?

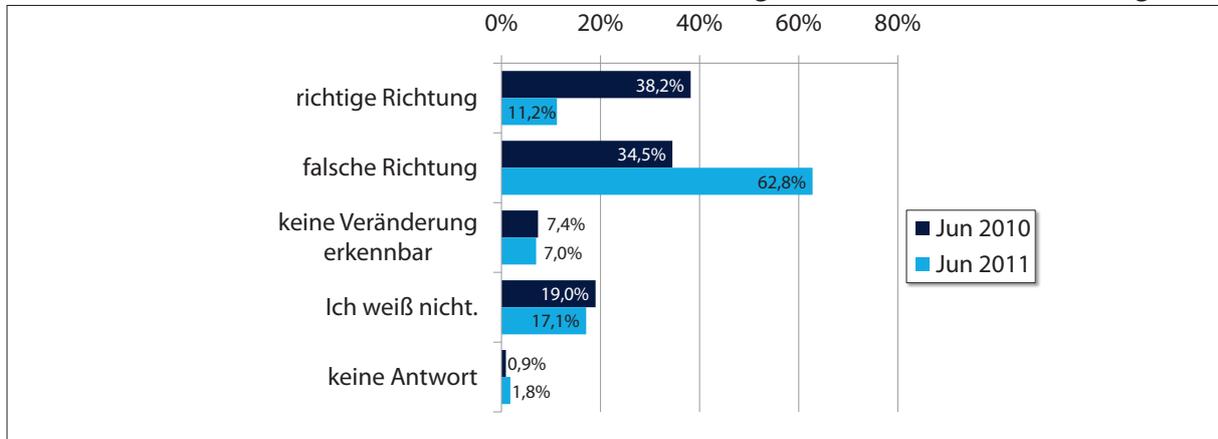


Quelle: repräsentative Umfrage von GfK Ukraine vom 2. bis 16. Juni 2011.

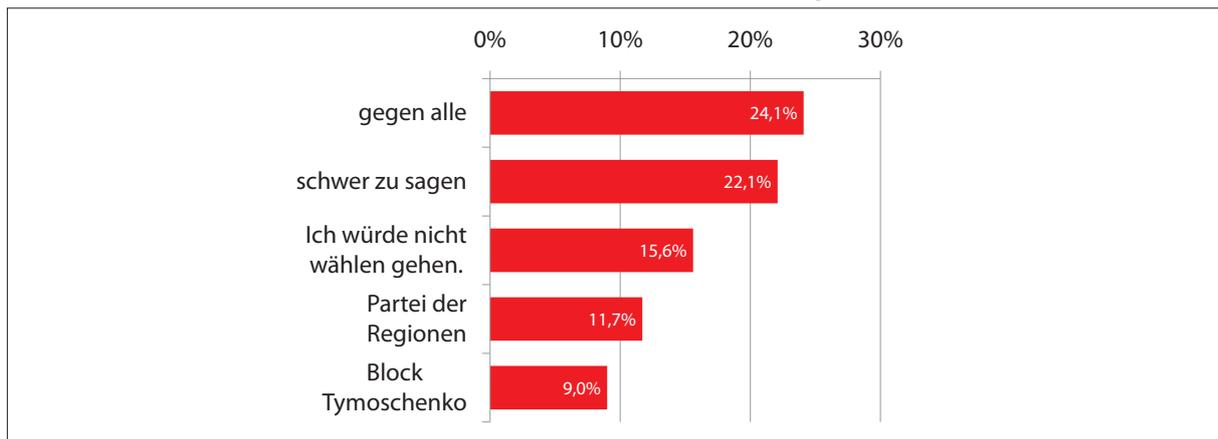
Grafik 2: Denken Sie, dass sich die Ukraine derzeit in die richtige Richtung entwickelt?



Quelle: repräsentative Umfrage von GfK Ukraine vom 2. bis 16. Juni 2011.

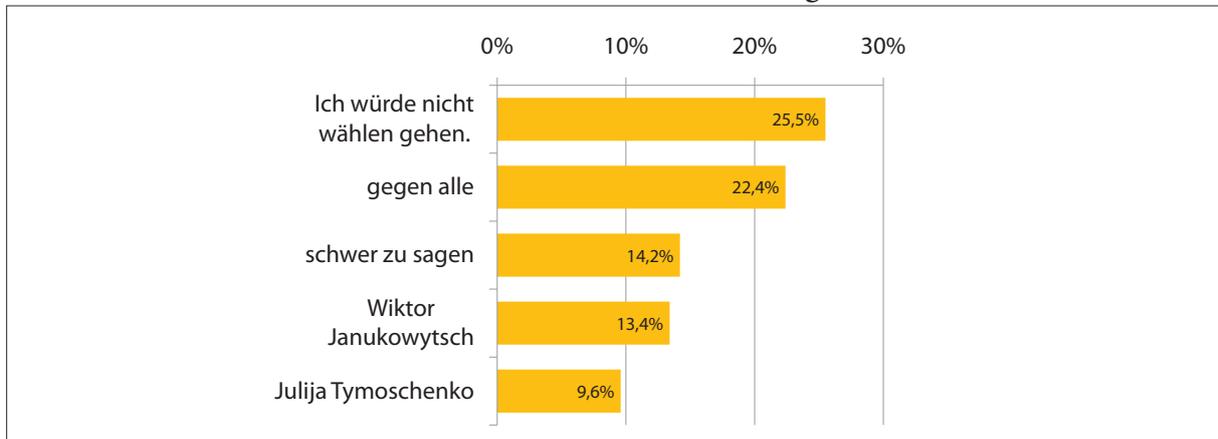
Grafik 3: Entwickelt sich die Ukraine derzeit in die richtige oder in die falsche Richtung?

Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 10. bis 20.6.2011, <http://www.kiis.com.ua/ua/news/view-91.html>

Grafik 4: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären?

Anm.: Es werden nur Parteien mit über 5 % aufgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage von GfK Ukraine vom 2. bis 16. Juni 2011.

Grafik 5: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?

Anm.: Es werden nur Parteien mit über 5 % aufgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage von GfK Ukraine vom 2. bis 16. Juni 2011.

Unvollendete Transformation

Der Wandlungsprozess in der Ukraine seit 1991 aus Perspektive des Ost-Ausschusses

Von Rainer Lindner, Berlin

Mit dem Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 manifestierte sich vor zwanzig Jahren das Ende der politischen Zweiteilung Europas. Damals entstanden fünfzehn neue, unabhängige Staaten, die ihren Platz in der Region und in einer sich globalisierenden Welt finden mussten. Mit der Transformation vor zwanzig Jahren begannen Lernprozesse, die heute noch längst nicht abgeschlossen sind. Die neuen unabhängigen Staaten mussten – ausgehend von einer tiefen Krise – neue, lebensfähige Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle entwickeln, sie hatten für sich erstmals außenpolitische Ziele zu definieren. Die westlichen Demokratien ihrerseits mussten und müssen alte Denkschemata überwinden und neue Kooperationsformen entwickeln. Zu den wichtigsten Erkenntnissen zählt dabei, dass Osteuropa nicht mehr nur als monolithischer Block zu sehen ist, sondern dass alle entstehenden bzw. nunmehr politisch unabhängigen Länder individuell geprägt sind und abweichende Voraussetzungen für den Transformationsprozess mitbringen.

Fünf Transformationslinien in der Ukraine

Bezüglich der Ukraine lassen sich heute fünf große Transformationslinien erkennen, die unterschiedlich weit fortgeschritten sind:

1. Aus einer historischen Peripherielage heraus einen nach innen und außen selbstbewussten Nationalstaat aufzubauen, bleibt auch angesichts der historischen Prägungen von West- und Ost-Ukrainern eine zentrale Aufgabe.
2. Seit 1991 gilt es darüber hinaus, einen sowjetisch-autokratisch geprägten Staat in ein demokratisches System zu verwandeln, das sich auf eine bürgerliche Teilhabe an Entscheidungsprozessen und eine unabhängige Justiz stützt.
3. Parallel dazu musste eine staatlich kontrollierte Kommandowirtschaft in eine moderne, diversifizierte Ökonomie umgewandelt werden, die dem privaten Unternehmertum Entfaltungsmöglichkeiten garantiert.
4. Die Ukraine stand und steht vor der Aufgabe, sich von einem »kleinen Bruder« Russlands in einen Partner Russlands zu verwandeln, der sich auf Augenhöhe bewegt und eine selbstbewusste Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt.
5. Damit einher geht die – auch von der aktuellen Regierung Janukowytsch angestrebte – Weiterentwicklung von einem Nachbarn der Europäischen Union zu einem EU-Mitgliedsland.

Keine der fünf genannten Transformationslinien konnte in den vergangenen zwanzig Jahren ohne Brüche und Rückschläge verfolgt werden. Keine Transformationslinie ist bislang zu einem erfolgreichen Ende gelangt – im Gegensatz etwa zu den Nachbarstaaten Polen und Slowakei, die inzwischen vollwertige Mitglieder der EU und der Nato sind und eine stabile Marktwirtschaft etablieren konnten. Allerdings bestanden bei diesen Ländern im Vergleich zur Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten historisch betrachtet auch gänzlich andere Grundvoraussetzungen.

Insgesamt gesehen sollte man anerkennen, dass die Ukraine seit 1991 ein wichtiges Stück eines schwierigen Weges zurückgelegt hat, der eines Tages in die Europäische Union führen kann. Dass zumindest die wirtschaftliche Integration mit der EU letztlich zum Erfolg geführt wird, liegt nicht zuletzt auch im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Rolle der deutschen Wirtschaft

Die Bundesrepublik gehörte zu den ersten Ländern, die die neuen unabhängigen Nachfolgestaaten der UdSSR diplomatisch anerkannten. Die deutsche Wirtschaft knüpfte schnell Kontakte und konnte dabei sowohl auf Verbindungen zurückgreifen, die der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bereits seit 1952 aufgebaut hatte, als auch auf Verbindungen, die ostdeutsche Betriebe traditionell mit ukrainischen Partnern unterhielten. Gleichwohl bedurfte es eines Neuanfangs, da direkte Beziehungen zwischen Unternehmen bisher im Wesentlichen über Moskau liefen.

Deutsche Unternehmen gründeten jetzt Niederlassungen und Repräsentanzen zunächst in Kiew, später auch in anderen Städten der Ukraine. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen wuchs sprunghaft an. 1994 übertraf er die Grenze von 2 Mrd. Deutschen Mark. 1998 wurden bereits Waren und Dienstleistungen im Wert von 4 Mrd. DM ausgetauscht. Heute liegt das Handelsvolumen bei über 6 Mrd. Euro, was umgerechnet 12 Mrd. DM entspricht – also dem Sechsfachen des Standes von 1994. Damit ist Deutschland zweitgrößter Außenhandelspartner der Ukraine nach Russland.

Umgekehrt ist die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands unter den GUS-Staaten. Das Potential der Zusammenarbeit ist aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies zeigt das Beispiel des EU-Nachbarn Tschechien, der mit einer im Vergleich zur Ukraine viermal kleineren Bevöl-

kerung ein zehnfach höheres Handelsvolumen mit der Bundesrepublik erreicht. Viele »Schätze« der deutsch-ukrainischen Wirtschaftskooperation warten also noch darauf, gehoben zu werden. Dies gilt über den Handel hinaus auch für die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft.

Angefangen von der Montanindustrie über die gesamte verarbeitende Industrie bis hin zu Informationstechnologien und anderen wissenschaftsintensiven Bereichen stehen deutsche Unternehmen bereit, bei der Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft zu helfen, die Produktivität im Land zu steigern und gleichzeitig den Verbrauch teurer Energie zu senken. Wichtige Felder der Zusammenarbeit sind auch das Bauwesen, die allgemeine Infrastruktur und die Agrarwirtschaft. Deutsche Landtechnik kann einen Beitrag dazu leisten, die Ernteerträge in der Ukraine zu verdoppeln. Auf den fruchtbaren ukrainischen Böden liegt die Hoffnung der ganzen Weltbevölkerung, die bis zum Jahr 2050 auf 9 Mrd. Menschen anwachsen wird.

Mit über 1200 Joint Ventures, Tochterunternehmen, Repräsentanzen und anderen Beteiligungsformen ist die deutsche Wirtschaft bereits heute stark in der Ukraine engagiert. Mit der deutsch-ukrainischen High-Level-Group, durch Wirtschaftsforen und Kooperationsbörsen, Delegationsreisen und andere Aktivitäten hat sich ein intensives Netz von Gesprächen, Kontakten und Austausch zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen entwickelt. Direkter Ansprechpartner vor Ort ist die Delegation der deutschen Wirtschaft in der Ukraine.

Auch der Ost-Ausschuss gehört zum Kreis der Institutionen, die an der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern intensiv arbeiten. Dazu werden Delegationsreisen, Konferenzen, Beratungsprojekte für mittelständische Betriebe in den ukrainischen Regionen und vielfältige Begegnungen deutscher Unternehmen mit Regierungsvertretern organisiert. Ost-Ausschuss-Delegationen trafen sowohl Präsident Leonid Kutschma (2000, 2001, 2004) als auch seine Nachfolger Wiktor Juschtschenko (2005) und Wiktor Janukowytsch (2010). Zuletzt führte der Ost-Ausschuss im Juni 2011 in Kiew Gespräche mit der ukrainischen Regierung. Dabei wurde beispielsweise vereinbart, gemeinsam das Pilotprojekt einer »Energieeffizienten Stadt« für die Ukraine zu entwickeln.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Ost-Ausschusses stehen heute drei Ziele: die bessere Nutzung des Potentials der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowohl in den Ballungszentren als auch in den Regionen, die Unterstützung der Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und gleichzeitig ihre Annäherung an und ihre Integration in den europäischen Wirtschaftsraum.

Arbeitsschwerpunkt des Ost-Ausschusses im Jahr 2011 ist das Thema Visa-Liberalisierung. Bereits 2005 hatte die Ukraine in einem einseitigen Schritt im Reiseverkehr Visa für EU-Bürger abgeschafft, ohne dass die EU bis heute diesem Beispiel gefolgt wäre. In einer Ost-Ausschuss-Umfrage sprachen sich im Sommer 2011 von 200 deutschen Unternehmen 41 % dafür aus, Ukrainern möglichst schnell die visafreie Einreise in die EU zu ermöglichen. Weitere 19 % plädieren für die testweise Einführung der Visa-Freiheit anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2012.

Europäische Perspektive der Ukraine

Bereits in der Regierungszeit des zweiten ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (1994–2005) wurde die EU-Integration zum strategischen Ziel der Ukraine erklärt. Dieses Ziel wurde in den vergangenen Jahren mit unterschiedlicher Intensität verfolgt. Dabei hatte die Ukraine nicht nur unter unbestreitbaren innenpolitischen Fehlentwicklungen, sondern auch unter einem zunehmend schwieriger werdenden Integrationsprozesses innerhalb der EU zu leiden.

Seit 2008 ist die Ukraine zusammen mit fünf weiteren Staaten Mitglied der Östlichen Partnerschaft der EU. Dabei handelt es sich im Grunde um eine Auffanglösung für Staaten, denen die EU aus verschiedenen Gründen keine sichere EU-Perspektive eröffnen kann oder will. So skeptisch diese Konstruktion in der Ukraine (und nicht nur dort) gesehen wird – es sind dennoch konkrete Chancen mit ihr verbunden, die genutzt werden müssen, um das Ziel der EU-Mitgliedschaft nicht aus den Augen zu verlieren.

Ein wichtiger Baustein ist dabei die Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU. Die Verhandlungen dazu sind auf einem sehr guten Weg, wurden aber zuletzt durch den Prozess gegen die frühere Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und die juristische Verfolgung vieler ihrer Parteikollegen überschattet. Es gibt ernstzunehmende Stimmen innerhalb der EU, darunter den schwedischen Außenminister Carl Bildt und den Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer, die ein klares Junktim zwischen der Umsetzung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens und der Freilassung von Julija Tymoschenko herstellen. Gleichzeitig erhöht Russland den Druck auf die Ukraine, der neu gegründeten Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan beizutreten und zumindest auf absehbare Zeit auf eine Freihandelszone mit der EU zu verzichten.

Ausblick

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung steht die Ukraine damit an einem neuen Wendepunkt ihrer jungen Geschichte. Geht man den Weg der oben

beschriebenen fünf Transformationslinien weiter, oder gibt man diese Ziele zugunsten eines von Russland angeführten Integrationsprozesses innerhalb einer neuen Eurasischen Union auf?

Die EU könnte ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die Ukraine letztlich für eine europäische Perspektive entscheidet. Neben berechtigter Kritik in der Sache, gehören dazu aber auch Angebote, die den mühevollen

Transformationsprozess in der Ukraine honorieren. Dazu zählen die rasche Einführung des visafreien Reiseverkehrs und der Abschluss des Freihandelsabkommens.

Die Ukraine darf aber ihrerseits die in der Orangen Revolution erreichten Fortschritte nicht kurzfristigen politischen Zielen opfern. Letztlich wird eine nachhaltige wirtschaftliche Modernisierung nicht ohne gleichzeitige politische Liberalisierung zu haben sein.

Über den Autor:

Prof. Dr. Rainer Lindner ist seit 2008 Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und unterrichtet Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Bis 2008 war er Außenpolitikberater der Bundesregierung und des Bundestages bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

ANALYSE

Die neue Eiszeit in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine

Von Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Der Neustart der russisch-ukrainischen Beziehungen ist gescheitert. Zwischen den beiden Ländern hat eine neue Eiszeit begonnen. Der Grund ist banal: Es geht um die sehr hohen Preise für russisches Gas. Seit mehr als einem Jahr versucht die Ukraine erfolglos, die von Tymoschenko im Jahr 2009 unterzeichneten Gasverträge zu ändern.

Einleitung

Die Situation spitzte sich Anfang September zu. Im vierten Quartal 2011 muss die Ukraine laut Vertrag das russische Gas zu einem in der Geschichte der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen bisher unerreicht hohen Preis von 388 US-Dollar pro 1000 m³ kaufen. Der Preisnachlass, den die Ukraine infolge der Unterzeichnung der Charkiwer Verträge von 2010 (Gas-Flotten-Vertrag) erhalten hat, ist hier bereits eingerechnet (100 US-Dollar Rabatt auf 1000 m³). Gleichzeitig darf die Ukraine die im Vertrag festgelegte abzunehmende Gasmenge ohne Zustimmung Russlands nicht reduzieren. Sollte sie dies dennoch tun, drohen ihr Geldbußen von bis zu 300 % des Gaspreises für jeden nicht abgenommenen Kubikmeter. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 lag der durchschnittliche Preis für russisches Gas bei 260 US-Dollar je 1000 m³.

Beide Seiten machen keine Zugeständnisse, beharren auf ihren extremen Positionen und bedienen sich einer scharfen Rhetorik. Die Medien sprechen bereits von einem möglichen neuen Gas-Konflikt zwischen Moskau und Kiew. Doch ein dritter Gas-Krieg ist

unwahrscheinlich. Ein solcher Krieg würde das ohnehin schon durch die Inhaftierung Tymoschenkos beschädigte Image Janukowytschs im Westen noch weiter verschlechtern und den bereits sehr engen Handlungsspielraum in Bezug auf Russland noch weiter verringern. Eine solche Entwicklung wäre auch für Russland unvorteilhaft, denn hier finden in wenigen Monaten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Am 5. September 2011 hat der ukrainische Ministerpräsident Mykola Asarow einen neuen Gas-Krieg gegen Russland ausgeschlossen und die Erfüllung des für die Ukraine ungünstigen Gaslieferungsvertrags versprochen, so lange kein neues Abkommen vereinbart sei.

Bemühungen der Ukraine um Kündigung der Gasverträge vom 19. Januar 2009

Im gegenwärtigen Gasstreit mit Russland zieht die Ukraine verschiedene Optionen in Betracht. Eine von ihnen ist die gerichtliche Vertragskündigung, die momentan in zwei Versionen diskutiert wird. Ursprünglich sollte als Kündigungsgrund die Verhaftung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko

dienen. Die Logik der ukrainischen Machthaber ist in diesem Fall folgende: Die nachteiligen Verträge wurden im Jahr 2009 auf persönlichen Befehl von Tymoschenko ohne Zustimmung der Regierung unterzeichnet; dazu war die damalige Ministerpräsidentin aber nicht befugt und die Verträge sind somit ungültig. Bemerkenswert ist, dass Tymoschenko trotz vieler möglicher Anklagen am Ende doch für die Unterzeichnung der Gasverträge verurteilt werden soll. Noch Anfang des letzten Jahres waren die Regierung Tymoschenko für die Veruntreuung von 12 Mrd. US-Dollar und die ehemalige Ministerpräsidentin persönlich für den Missbrauch von 480 Mio. Euro, die die Ukraine aus dem Verkauf von Quoten für Treibhausgasemissionen erhalten hatte, angeklagt worden. Die Anklage wegen Korruption wurde dann im Mai 2010 durch eine erste Version der »Gas-Anklage« ergänzt, als das Schiedsgericht in Stockholm den ukrainischen Gaskonzern Naftohas Ukrainy dazu verpflichtete, 12,1 Mrd. m³ Gas an RosUkrEnergo (RUE, russisch-ukrainischer Gaszwischenhändler mit Sitz in der Schweiz) zurückzuzahlen. Damals wurde Tymoschenko vorgeworfen, der Ukraine mit ihrer Entscheidung über die Enteignung von RUE-Gas zugunsten von Naftohas beträchtlichen Schaden zugefügt zu haben. Allerdings wurde dieser Vorwurf dann später vernachlässigt und der Amtsmisbrauch bei der Unterzeichnung der Gasverträge mit Russland im Jahr 2009 zum Hauptanklagepunkt erhoben. Zu erwähnen ist, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine das neue Strafverfahren gegen Tymoschenko kurz vor dem Besuch von Wladimir Putin in Kiew im April 2011 eröffnete.

Was auch immer der Grund dafür gewesen sein mag – der Westen hat auf die Festnahme Tymoschenkos im August 2011 sehr scharf reagiert und diese als politische Verfolgung der Oppositionsführerin verurteilt. In diesem Fall war Moskau mit dem Westen einer Meinung: Das russische Außenministerium forderte einen fairen Prozess gegen Tymoschenko und unterstrich dabei, dass es keine Verdachtsmomente bei der Unterzeichnung der Gasverträge gäbe. Die Verhaftung Tymoschenkos führte dementsprechend zur internationalen Isolation Janukowytschs und warf einen dunklen Schatten auf die anstehende Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EU. Die Regierung zögert deshalb bisher mit dem Verhängen eines endgültigen Urteils gegen Tymoschenko, obwohl der ehemalige Erste Stellvertretende Vorsitzende von Naftohas Ukrainy, Ihor Didenko, bereits Anfang September 2011 im Rahmen der ersten »Gas-Anklage« verurteilt wurde. Für die Enteignung des RUE gehörenden Gases im Frühjahr 2009 erhielt er drei Jahre Haft auf Bewährung. Im Endeffekt wurde also die Idee der Kündigung der Gasverträge

durch die Verhaftung Tymoschenkos zumindest vorübergehend aufgegeben.

Stattdessen hat sich die ukrainische Regierung schnell eine neue Version der Vertragskündigung ausgedacht. Anfang September 2011 kündigte Mykola Asarow die Reorganisation von Naftohas Ukrainy mit anschließender Liquidierung an. Nach der Logik der ukrainischen Politiker verliert der Gasvertrag mit Gasprom seine Gültigkeit, wenn der Vertragspartner Naftohas Ukrainy als Unternehmen nicht mehr existiert. Genau diese Aussage Asarows führte zur aktuellen Zuspitzung der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Gasprom vertrat den Standpunkt: Eine Reorganisation von Naftohas ist nur in Form einer Fusion mit Gasprom möglich, wobei die ukrainische Seite laut Vertrag dazu verpflichtet ist, die Nachfolge von Naftohas im Falle einer Reorganisation, sicherzustellen. Die Chancen, vor dem Stockholmer Schiedsgericht eine Klage gegen Gasprom zu gewinnen, sind somit sehr gering.

Die Frage der Reorganisation von Naftohas Ukrainy

Die Umstrukturierung des vertikal integrierten Unternehmens Naftohas Ukrainy ist eine der internationalen Verpflichtungen der Ukraine im Gasbereich. In der sog. Brüsseler Erklärung vom 23. März 2009 hat sich die Ukraine bereit erklärt, die Unabhängigkeit des Übertragungsnetzbetreibers zu gewährleisten. Darüber hinaus ist sie nach dem Beitritt zum Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft im Dezember 2009 (vollständiges Mitglied ist die Ukraine allerdings erst seit September 2010) dazu verpflichtet, den *acquis communautaire* der EU im Energiebereich in vollem Umfang umzusetzen. Dies schließt das sog. dritte Energiepaket mit ein, das die vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung der Übertragungs- und Verteilungsnetze beabsichtigt. Die Reorganisation von Naftohas Ukrainy ist auch in dem im Juli 2010 verabschiedeten Gesetz »Über die Grundlagen des Funktionierens des Binnengasmarkts in der Ukraine« vorgesehen.

Die ukrainischen Behörden haben allerdings beschlossen, die Reorganisation des Unternehmens nicht mit der Entflechtung der Übertragungs- oder Verteilungsfunktion, sondern mit der Entflechtung des Gasförderbereichs zu beginnen. Geplant ist die Anziehung von Investitionen in Höhe von 5 bis 10 Mrd. US-Dollar durch die Gründung eines unabhängigen Unternehmens zur Gasförderung mit einem Börsengang in den Jahren 2012/2013 anstelle des heutigen Naftohas-Tochterunternehmens Ukrgasdobytsha. Die politische Führung jedoch will die Mehrheitsbeteiligung des neugegründeten Unternehmens in Staatseigentum behalten.

Mit solch einem Schritt verfolgen die ukrainischen Machthaber mehrere Ziele. Erstens soll die Naftohas-Reorganisation die durch die Verhaftung Tymoschenkos zugespitzten Beziehungen mit dem Westen verbessern. Zweitens hofft Kiew, dass Moskau Interesse an den künftigen Förderunternehmen zeigt und der Ukraine einen neuen Gasrabbat gewährt. Wie bekannt, schlagen die Ukrainer den Russen seit dem vergangenen Jahr vor, gemeinsam Gas in der Ukraine zu gewinnen. Im Dezember 2010 haben Gazprom und Naftohas sogar ein Memorandum über die Gründung eines Joint Ventures zur Produktion von nichtkonventionellem Erdgas in der Ukraine unterzeichnet. Es wurde zwar auch die Unterzeichnung eines zweiten Memorandums über die Gründung eines Joint Ventures zur Gewinnung von Erdgas auf dem Festlandssockel des Schwarzen Meeres geplant, aufgrund der fehlenden maritimen Grenze zwischen Russland und der Ukraine ist dieses Vorhaben jedoch mittlerweile gescheitert. Drittens ist nicht ausgeschlossen, dass das neue Förderunternehmen für die Privatisierung an eine bestimmte Person vorbereitet wird. Beunruhigend ist die Aussage des odiiösen Oligarchen Dmytro Firtasch, dass er den Präsidenten und die Regierung aufgefordert habe, den Naftohas-Börsengang durchzuführen, um europäische Investoren anzulocken. Als Privatisierungsschema könnte hier künftig die Geschichte von Vanco International dienen. Zur Erinnerung: Das in den USA registrierte Unternehmen Vanco International hatte den Wettbewerb um die Erschließung des Prykerchensker Erdöl- und Erdgasfeldes im Schwarzen Meer im Jahr 2006 gewonnen. Nach der Unterzeichnung des Production-Sharing-Abkommens mit der Regierung Janukowytsh im Jahr 2007 wies das Unternehmen seine Rechte und Pflichten jedoch einem dritten Unternehmen, der Vanco Prykerchenska, zu. Wie sich später herausstellte, gehörte ein Teil von Vanco Prykerchenska dem ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow.

Veränderungen auf dem ukrainischen Binnengasmarkt

Und dennoch: Für eine Restrukturierung von Naftohas müsste das Parlament zunächst Änderungen in Artikel 7 des Gesetzes »Über den Rohrleitungstransport«, das die Veräußerung von Fonds und Aktien der Nationalen Aktiengesellschaft Naftohas Ukraine und ihrer Tochterunternehmen verbietet, vornehmen. Entsprechende Vorschläge wurden zwar schon Anfang des Jahres vorbereitet, bisher jedoch nicht verabschiedet. Laut dieser Änderungen würde die Regierung mit Vollmachten ausgestattet, die es ihr erlaubten, eine Reihe von Unternehmen zu bestimmen, die unter das Veräußerungsverbot fallen. Wenn es dazu kommt, könnten die

Reaktionen in der Ukraine ziemlich scharf ausfallen, denn über viele Jahre hinweg war das Verbot der Privatisierung des Gastransportsystems und somit auch des Unternehmens Naftohas der wichtigste Trumpf in den Händen der ukrainischen Opposition.

Schwerwiegende Veränderungen warten auch auf den Bereich der Gasförderung. In der Ukraine herrschte bis vor Kurzem ein Verbot für den Export von Gas aus der Ukraine. Gleichzeitig war es den gasfördernden Unternehmen verboten, ihr Gas für eigene Zwecke zu nutzen, denn die gesamte Fördermenge (ca. 20 Mrd. m³ in der Ukraine insgesamt) sollte der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Im Juni 2011 verabschiedete das Parlament Änderungen an dem Gesetz »Über die Grundlagen des Funktionierens des Binnengasmarkts in der Ukraine«, wodurch beide Verbote aufgehoben wurden. Die Erlaubnis des Exports von Gas aus eigener Förderung liefert der ukrainischen Führung nun ein weiteres Argument im Gasstreit mit Russland. Die Ukraine beabsichtigt, Gas aus eigener Förderung zu verkaufen, falls Gazprom auf der Abnahme der vertraglich festgelegten Gasmenge beharrt, die den ukrainischen Gasbedarf übersteigt. Das russische Gas darf die Ukraine wie bisher nicht weiterverkaufen. Eine solche Entscheidung spielt aber auch dem zwielichtigen Oligarchen und Mitinhaber von RosUkrEnergo Dmytro Firtasch in die Hände. Unter diesen neuen Bedingungen plant er seine frühere Position auf den Gasmärkten in Mittel- und Osteuropa bald zurückzugewinnen. Bis 2009 hatte RUE etwa 7 Mrd. m³ Gas pro Jahr nach Ungarn, Polen und Rumänien exportiert. Heute versucht Firtasch sich aktiv auf dem Gasfördermarkt in der Ukraine zu etablieren. So plant die ukrainische Führung, die Arbeit der Geschlossenen Aktiengesellschaft Devon, die 2009 ihre Förderlizenz für das Gasfeld Sachalin im Gebiet Charkiw verloren hatte, zu reaktivieren. Zum jetzigen Zeitpunkt befindet sich die Hälfte der Aktien dieses Unternehmens in Besitz von Firtasch und seinem Geschäftspartner Iwan Fursin, ein Drittel gehört dem polnischen Mineralöl- und Erdgasunternehmen PGNiG.

Nach dem Machtwechsel in der Ukraine im Februar 2010 kehrte Dmytro Firtasch nicht nur ins Gasgeschäft zurück, sondern konnte seine Präsenz auf dem einheimischen Gasmarkt sogar noch ausbauen. Noch unter Tymoschenko war es dem Geschäftsmann gelungen zwei Drittel der regionalen Gasversorger aufzukaufen. Bemerkenswert ist, dass das Parlament im Mai 2011 Schulden von Unternehmen des Brennstoff- und Energiebereichs gegenüber dem Staatshaushalt in Höhe von mehr als 24 Mrd. Hrywnja abschrieb, wovon 7,4 Mrd. auf die regionalen Gasversorger entfielen. Seit April 2010 führen Firtaschs Leute die Tochterunternehmen von Naftohas Ukrgaswydobuwannja (Gasförderer) und

Ukrtransgas (Pipelinebetreiber). Im letzten Jahr gewann RUE beim Stockholmer Schiedsgericht gegen Naftohas und bekam auf richterlichen Beschluss 12,1 Mrd. m³ Gas zurück, die im Frühjahr 2009 von Tymoschenko beschlagnahmt worden waren. Allerdings wurde die Rückerstattung im Jahr 2011 durch den Verkauf von RUE gehörendem Gas an Gasprom vollzogen. Es wurde folgendes Zahlungsschema angewandt: Gasprom hat Naftohas das Geld für den Gastransit in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar im Voraus bezahlt. Naftohas hat dieses Geld zur Erhöhung der Ankäufe von russischem Gas benutzt, um RUE die 12,1 Mrd. m³ zurückzuerstatten. Im Frühjahr 2011 hat RUE dann aber wieder Gas an Gasprom verkauft. Nach Meinung von Experten könnte Russland bei diesem Zahlungsmodell letztendlich 1 Mrd. US-Dollar an Steuern verloren und RUE gleichzeitig 1 Mrd. US-Dollar gewonnen haben, wovon Gasprom wiederum die Hälfte als Dividende erhalten haben könnte (RUE gehört zur Hälfte Gasprom).

Des Weiteren gehören Firtasch seit 2010 vier der sechs Düngemittelunternehmen des Landes, für die Gas der wichtigste Rohstoff ist. In diesem Jahr hat Firtasch es geschafft, die Lieferung von Gas aus Zentralasien für seine Chemiefabriken auszuhandeln. Dafür hat das ukrainische Parlament im April sogar das Monopolrecht von Naftohas auf die Verzollung von importiertem Erdgas in der Ukraine aufgehoben, das Tymoschenko dem Unternehmen im März 2008 verliehen hatte. Die genauen Bedingungen dieses Deals wurden allerdings nicht bekannt und es bleibt unklar, für wie viele Jahre er gelten soll. Für das zuverlässige Funktionieren der Chemiefabriken werden zuverlässige Gaslieferungen benötigt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich Firtasch an der Restrukturierung von Naftohas interessiert zeigt. In den letzten beiden Jahren hat der Oligarch die Ordnung seiner Gasgeschäfte vorangetrieben, die langsam die Form einer Holding annehmen.

Alternative Lösungen – Senkung der Gasabnahmemengen

Eine alternative Antwort auf die Preisfrage stellt für die Ukraine die Senkung der jährlichen Gasliefermengen dar, die laut Vertrag auf 52 Mrd. m³ bis 2019 festgelegt sind, mit Zustimmung Russlands aber auf 33 Mrd. m³ reduziert werden dürfen. Ein ähnliches Vorgehen gab es schon einmal im November 2009, als die Zusatzvereinbarungen zum Gasvertrag von Januar 2009 unterschrieben wurden. Damals vereinbarten die beiden Parteien eine Absenkung der Liefermenge auf 33,75 Mrd. m³ für das Jahr 2010 (von der neuen Regierung auf 36,5 Mrd. m³ erhöht) und legten den Verzicht auf Vertragsstrafen für die im Jahr 2009 nicht abgenommenen Gas mengen fest.

In diesem Jahr muss Naftohas 40 Mrd. m³ Gas von Gasprom kaufen. Insgesamt könnten die Kosten für das russische Gas im Jahr 2011 auf 12 Mrd. US-Dollar anwachsen – das wären 3 Mrd. US-Dollar mehr als 2010. Ende August 2011 forderte die Ukraine, im Jahr 2012 nur noch 27 Mrd. m³ Gas von Gasprom kaufen zu müssen. Gleichzeitig erklärte Ministerpräsident Mykola Asarow, dass die Regierung im Laufe einiger Jahre den Ankauf von russischem Gas auf ein Drittel kürzen wolle.

In der kurzfristigen Perspektive kann die Erklärung Asarows zur Absenkung der Ankäufe von russischem Gas nicht anders denn als Versuch der Druckausübung auf Russland bezeichnet werden. Auf lange Sicht könnten seine Worte jedoch Realität werden. Mit dem Machtantritt Janukowytchs begann die Ukraine wieder aktiv ausländische Investoren auf den Gasfördermarkt zu locken und nahm sich die Steigerung der Gasförderung vor. Ende 2010 erlaubte die Regierung dem ukrainischen Unternehmen Tschjornomornaftohas (Erdgasförderunternehmen der Krim, Tochter vom Naftohas) und dem russischen Mineralölkonzern Lukoil gemeinsam die Gasfelder im Schwarzen Meer zu erschließen. Des Weiteren unterschrieb Naftohas im Februar 2011 ein Memorandum über die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Unternehmen Exxon Mobil und im August einen Vertrag mit dem italienischen Konzern ENI. Im Frühjahr 2011 gab die ukrainische Führung dem skandalträchtigen Unternehmen Vanco Prykerchenska Ltd den Prykertschenskyj-Abschnitt im Schwarzen Meer zur Gasförderung zurück. Zudem wurde im September 2011 der Vertrag mit Royal Dutch Shell erneuert – das Unternehmen will bis zu 1 Mrd. US-Dollar in den ukrainischen Öl-/Gasbereich investieren. Die amerikanischen Unternehmen, die über hochmoderne Technologien zur Förderung von Schiefergas verfügen, sind aber nicht nur am Schwarzmeerschelf interessiert, sondern auch an den weiteren Perspektiven der Förderung dieses Gases. Nach Schätzung einiger Experten verfügt die Ukraine über die größten Vorkommen dieses unkonventionellen Gases in Europa. Experten betonen jedoch, dass auch in einem optimistischen Szenario Schiefergas in der Ukraine nicht vor 2019 gefördert wird und die Aufnahme der Förderung von Gas im Schwarzen Meer auch seine Zeit brauche. Demzufolge sind die ersten entscheidenden Ergebnisse der neuen Gasförderpolitik erst in fünf Jahren zu erwarten, wenn nicht noch später – schließlich herrscht in der Ukraine ein ausgesprochen schlechtes Investitionsklima.

Die Position Russlands

Die Zulassung amerikanischer Unternehmen für den ukrainischen Markt der Gasförderung ist ebenfalls eine Säule der ukrainischen Gaspolitik gegenüber Russland.

Interessant ist, dass die Landesführung eine ähnliche Politik auch bei der Atomenergie verfolgt – sie versucht eine Konkurrenzsituation zwischen dem russischen Unternehmen TWEL und dem amerikanischen Unternehmen Westinghouse bei der Lieferung von Atom Brennstäben in die Ukraine herzustellen.

Bisher hat die russische Seite in keine der vorgeschlagenen Varianten zur Regelung der Gasfrage eingewilligt. Ende August 2011 hat Präsident Medwedew die für Russland annehmbaren Bedingungen klar benannt: für einen Preisnachlass auf Gas muss die Ukraine entweder in die Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan eintreten oder ihr Gastransportsystem nach dem Muster von Belarus verkaufen. Eine dritte Möglichkeit zeigte Gasprom selbst auf: die Fusion des russischen mit dem ukrainischen Gasversorger.

Dem »Belarussischen Szenario« erteilte die ukrainische Führung umgehend eine Absage. Das Regime Lukaschenka hatte im August 2011 aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Zollunion und des Verkaufs der verbliebenen 50 % des staatlichen Energieversorgers Beltransgas an Gasprom einen Preisnachlass auf Gas für die Jahre 2012 bis 2014 erhalten. In Bezug auf den Beitritt zur Zollunion hatte die Ukraine zunächst ein 3+1-Modell vorgeschlagen. Heute steht die Frage des Beitritts jedoch nicht mehr zur Diskussion. Es wird argumentiert, dass die Ukraine seit 2008 Mitglied der WTO sei, die anderen Mitglieder der Zollunion dieser Organisation aber nicht angehörten. Wie dem auch sei, die Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU über eine Freihandelszone gefallen Moskau überhaupt nicht, weshalb hier auf unterschiedlichste Art und Weise versucht wird, die Ukraine auf die eigene Seite zu ziehen. Um den Druck zu erhöhen, haben die Länder der Zoll-

union sogar einen Handelskrieg mit der Ukraine begonnen – im Juni 2011 stellten sie eine Liste ukrainischer Waren zusammen, auf die Antidumping- und besondere Schutzmaßnahmen angewendet werden sollen.

Bei der Regelung des derzeitigen Konflikts wird Russland wohl kaum eine Revision der für das Land vorteilhaften Gasverträge von 2009 zulassen. Im Jahr 2010 machten allein die Gasverkäufe in die Ukraine 60 % des Umsatzes von Gasprom an den Verkäufen in die ehemalige Sowjetunion aus und entsprachen 25 % der Verkäufe nach Europa. Angesichts der Tatsache, dass eine Reihe europäischer Länder im letzten Jahr eine Revision ihrer Gasverträge und eine Senkung des Preises für russisches Gas vor Gericht erreichen konnte, wird die Bedeutung der Ukraine für Russland als Gasimporteur in diesem Jahr noch steigen. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Ukraine für Russland als Transitland für Gas sinken, denn im September 2011 hat Russland den ersten von zwei Strängen der Nord-Stream-Pipeline mit einem Volumen von 27,5 Mrd. m³ in Betrieb genommen. Zunächst muss die Röhre mit technischem Gas angefüllt werden; die erste reguläre Lieferung ist für Oktober 2011 vorgesehen.

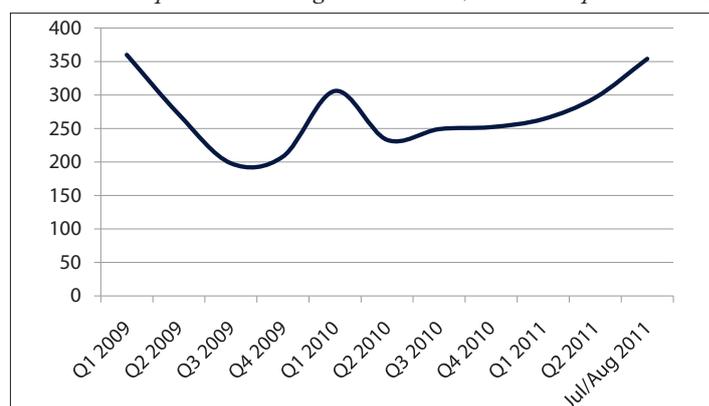
Es muss eine Lösung für den Konflikt gefunden werden. Die in diesem und/oder im kommenden Jahr von der Ukraine gekaufte Gasmenge wird in jedem Fall nachverhandelt werden. Derzeit versucht die Ukraine eine jährliche Neufestlegung der Gasmenge im Rahmen von Regierungsvereinbarungen mit Russland zu erreichen. Es bleibt aber weiterhin unklar, womit die Ukraine Russland für sich einnehmen will.

*Übersetzung aus dem Russischen: Katerina Malygina
und Judith Janiszewski*

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und schreibt ihre Doktorarbeit über den ukrainischen Gasmarkt und die ukrainisch-russischen Gasbeziehungen. Die Promotion wird durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt.

Gaspreisentwicklung 2009–2011 (US-Dollar pro 1000 m³)



Quelle: Zusammenstellung von Katerina Malygina.

CHRONIK

Vom 29. Juni bis zum 13. September 2011

29.6.2011	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko ruft wegen des ihre Strafsache verhandelnden Richters am Petschersker Kreisgericht in Kiew, Rodion Kireew, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Zwischen dem Richter und der Angeklagten war es immer wieder zu Auseinandersetzungen gekommen, weil Tymoschenko z. B. nicht stehend antworten und den Richter nicht mit »Euer Ehren« ansprechen wollte. Verhandelt wird der Vorwurf gegen Tymoschenko, bei der Unterzeichnung der Gasverträge 2009 mit Russland ihre Amtsvollmachten überschritten zu haben.
1.7.2011	Mit einem Besuch des armenischen Präsidenten Sersch Sargsjan in Kiew wird die neunjährige Pause der offiziellen Besuche beendet.
5.7.2011	Vor dem Parlamentsgebäude in Kiew demonstrieren etwa 300 Gewerkschaftsanhänger gegen die geplante Rentenreform. Zwei Tage später sind es ca. 2.000 und in unmittelbarer Nähe versammeln sich aus dem gleichen Grund 2.000 Anhänger der Partei Starke Ukraine.
5.7.2011	Das Parlament verabschiedet die Aufhebung der bisherigen technischen Pflichtkontrolle für die meisten PKWs. Präsident Wiktor Janukowytsch hatte die Absetzung von Innenminister Anatolij Mohiljow angekündigt, falls die Kontrollpflicht bestehen bleibe.
5.7.2011	Die wegen Unterschlagung von RosUkrEnergogehörendem Gas angeklagten Anatolij Makarenko (ehemaliger Chef des Zolldienstes) und Taras Schepitko (ehemaliger Stellvertretender Leiter des regionalen Zolldienstes für Energie) werden aus der Untersuchungshaft entlassen; der ebenfalls angeklagte Ihor Didenko (ehemaliger Stellvertretender Leiter von Naftohas) jedoch nicht.
6.7.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch beruft eine Arbeitsgruppe zur Kontrolle der Gesetzgebung in Bezug auf Meinungsfreiheit und Rechte von Journalisten ein.
7.7.2011	Nachdem Moldawien und die Ukraine ihre Grenzstreitigkeiten im Gebiet Odessa beigelegt haben, einigen sich die Außenminister Jurij Lanke und Kontjantyn Hrytschtschenko auf eine enge Zusammenarbeit bei der europäischen Integration.
8.7.2011	Das Parlament verabschiedet mit 248 Stimmen in zweiter Lesung eine Rentenreform, durch die das Renteneintrittsalter für Frauen von 55 auf 60 Jahre angehoben wird. Staatsbeamte müssen von nun an bis 62 Jahre arbeiten und erhalten nur noch 80 % statt der bisherigen 90 % ihres Einkommens. Die Maximalrente wird auf zehn Existenzminima beschränkt. Julija Tymoschenko, Vorsitzende der Partei Vaterland, kündigt an, vor dem Verfassungsgericht gegen das Gesetz zu klagen. Am gleichen Tag endet die Sitzungsperiode des Parlaments. Am 6.9.2011 findet die nächste Sitzung statt.
8.7.2011	Das Parlament beschließt die Einführung eines staatlichen Liegenschaftskatasters, dessen Daten ab 2012 öffentlich zugänglich sein sollen.
11.7.2011	Die Metinvest-Gruppe von Rinat Achmetow erwirbt 50 % am Metallkombinat Saporoshstal und erhält eine Kaufoption auf die anderen 50 %. Im Mai 2010 waren 50 % dieses Unternehmens an unbekannte Investoren verkauft worden, wobei die russische Bank für Außenwirtschaft das Geschäft organisiert hatte. Im Jahr 2010 hatte Metinvest bereits das Stahlkombinat Ilitsch in Mariupol erworben.
12.7.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt, dass die Finanzierungsfrage für den Bau eines neuen Sarkophags für den Reaktor in Tschernobyl und weitere Projekte seit einer Sitzung der Geberländer am 7.7.2011 bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gelöst sei.
15.7.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch sagt die Militärparaden zum 20. Unabhängigkeitstag der Ukraine am 24.8.2011 ab. Das eingesparte Geld soll für soziale Projekte verwendet werden.
17.7.2011	Laut offizieller Angaben hat die Ukraine im Jahr 2010 Rüstungsgüter im Wert von 1 Mrd. US-Dollar exportiert, in erster Linie nach Afrika.
18.7.2011	Serhij Wlasenko, Verteidiger der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, wird vom Verfahren gegen seine Mandantin ausgeschlossen, weil er wiederholt die Ordnung im Gerichtssaal gestört habe.
20.7.2011	Wasył Wolga, Leiter der staatlichen Kommission zur Regulierung des Marktes für Finanzdienstleistungen, wird wegen Verdachts auf Korruption festgenommen. Vier Tage zuvor waren bereits zwei andere hochrangige Beamte der Kommission festgenommen worden. Fünf Tage später entlässt ihn Präsident Wiktor Janukowytsch aus seinem Amt.
25.7.2011	Ein Gericht verurteilt den Abgeordneten des Parlaments der Krim und Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Ukraine Serhij Kasatschenko wegen Veruntreuung zu acht Jahren Haft.

27.7.2011	Die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine erklärt ihren Beitritt zur Allrussischen Volksfront, die von Ministerpräsident Wladimir Putin geleitet wird. Diesen will die Partei mit einer Agitationskampagne unterstützen.
29.7.2011	Bei Grubenunglücken in Luhansk und Makijiwka kommen insgesamt 37 Schachtarbeiter ums Leben.
31.7.2011	Auf einer Versammlung der Sozialistischen Partei kann kein neuer Parteiführer gewählt werden, da weder Aleksandr Moros (166) noch Mykola Rudkowskij (162) ausreichend Stimmen erhalten (50 %+1). Zwei Wochen später wird Moros in einem zweiten Wahldurchgang mit knapper Mehrheit gewählt. Eine Neuwahl war nach dem Rücktritt Wasyl Zschkos nötig geworden.
2.8.2011	Das Oberste Verwaltungsgericht weist die Berufungsklage des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko gegen die Entscheidung eines Donezker Verwaltungsgerichts vom April 2010, mit der Roman Schuchewytsch (Kommandeur der Ukrainischen Aufstandsarmee) der Titel Held der Ukraine aberkannt worden war, ab, weil dieser nicht Bürger der unabhängigen Ukraine gewesen sei. Juschtschenko hatte ihm 2007 diesen Titel verliehen.
5.8.2011	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird in Untersuchungshaft genommen, weil sie wiederholt die Gerichtsordnung verletzt habe. Die Verhaftung ruft international Kritik hervor: Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton und Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, sowie Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, und Russland kritisieren die Festnahme. Am Folgetag protestieren etwa 200 Menschen im Stadtzentrum gegen die Inhaftierung.
7.8.2011	Das Kiewer Kreisverwaltungsgericht verbietet Versammlungen der Opposition nahe des Petschersker Kreisgerichts in Kiew, in dem der Fall Tymoschenko verhandelt wird, und in der Nähe des Untersuchungsgefängnisses Lukjanowsk bis Ende August.
9.8.2011	Witalij Klitschko, Vorsitzender der Partei Udar, fordert die Freilassung Julija Tymoschenkos, der ehemaligen Ministerpräsidentin, und erklärt sich bereit für sie zu bürgen. Der tschechische Präsident Václav Klaus fordert von Präsident Wiktor Janukowytsch in einem Brief die Zusicherung, dass persönliche und politische Ziele in dem Prozess gegen Tymoschenko keine Rolle spielen.
9.8.2011	In Charkiw protestieren einige hundert Anhänger der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko gegen deren Verhaftung, obwohl das Versammlungsrecht kurz vorher eingeschränkt worden war, weil im Stadtzentrum Feierlichkeiten anlässlich des Beginns der EURO-2012 in 300 Tagen stattfinden.
12.8.2011	Das Berufungsgericht in Kiew nimmt die Klage der Verteidigung Julija Tymoschenkos gegen ihre Inhaftierung aufgrund einer Entscheidung des Petschersker Kreisgerichts in Kiew nicht an. Tags darauf versammeln sich ca. 250 Anhänger Tymoschenkos und etwa genau so viele Gegner.
16.8.2011	Ministerpräsident Mykola Asarow gibt bekannt, dass die Partei der Regionen mit der Partei Starke Ukraine von Serhij Tihipko eine Vereinigung der Parteien vereinbart habe, die in zwei Monaten abgeschlossen sein soll. Grund dafür sei die angestrebte Konsolidierung der Gesellschaft und die Bündelung der politischen Kräfte. Auch für andere Parteien, die die Ukraine zu einem europäischen Land machen wollten, sei seine Partei offen.
16.8.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch sagt in einem Interview, dass er ein Buch über die Ukraine geschrieben habe mit dem Titel »Ukraine – Land der Möglichkeiten«, das noch im August im Mandelbaum Verlag in Wien erscheinen wird. Zunächst allerdings auf Englisch, da es sich vor allem an Leser im Ausland wende. Kurz nach Erscheinen kommen Plagiatsvorwürfe auf.
17.8.2011	Wasyl Dscharty, Vorsitzender des Ministerrates der Republik Krim, stirbt an einer Krebserkrankung.
18.8.2011	Bei der Neuvergabe von digitalen Sendefrequenzen durch den Nationalen Rat zu Fragen des Rund- und Fernsehfunks gehen fast ein Drittel der Frequenzen (8 von 28) an die Gruppe Inter (Dmitrij Firtasch). Die Gruppe Ukraine von Rinat Achmetow erhält zwei Lizenzen. Einige Unternehmen, deren Anträge abgewiesen wurden, wollen rechtlich dagegen vorgehen.
20.8.2011	Auf einer Sitzung der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei wird der Rücktritt des seit 2006 amtierenden Parteivorsitzenden Jewhen Kornijtschuk bekannt gegeben. Er gab an, aufgrund des gegen ihn laufenden Verfahrens diese Aufgabe nicht mehr erfüllen zu können. Ihm wird vorgeworfen in seiner Funktion als Erster Stellvertretender Justizminister Amtsmissbrauch bei Staatseinkäufen betrieben zu haben. Von Dezember 2010 bis Februar 2011 war er deshalb in Untersuchungshaft und wurde mit der Auflage entlassen, im Land zu bleiben. Wolodymyr Tkatschenko übernimmt nun den Parteivorsitz.

20.8.2011	Die Pressesekretärin Julija Tymoschenko erklärt, dass sich der Gesundheitszustand der ehemaligen Ministerpräsidentin verschlechtert habe und sie unter merkwürdigen Symptomen leide. Tymoschenko lehnt die Untersuchung durch Ärzte des Gesundheitsministeriums ab, den von ihr geforderten Besuch ihres persönlichen Arztes lehnt wiederum der Richter ab. Auch die Europäische Kommission fordert eine unabhängige ärztliche Untersuchung. In der Fraktion Block Tymoschenko vermutet man eine Vergiftung durch Rattengift.
22.8.2011	Die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und das Sozialministerium legen den Mindestlohn für das kommende Jahr auf 1098 Hrywnja (ca. 94 Euro) fest, womit dieser zwar bis Jahresende um 12,9 % steigt, aber dennoch unter dem von der Regierung angekündigten Niveau bleibt.
23.8.2011	Eine abermalige Untersuchung der Leiche des 1999 bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Wjatscheslaw Tschornowil, Führer der Bewegung Ruch, bestätigt, dass dessen Verletzungen typisch für einen Unfall waren, es also keine andersartige Gewalteinwirkung gegeben habe. Im Juni 2010 war die Leiche exhumiert worden.
24.8.2011	Die Ukraine feiert ihre 20-jährige Unabhängigkeit. In Kiew demonstrieren Tausende gegen die Verhaftung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und die derzeitige Regierung. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Miliz. Das Innenministerium erhebt daraufhin gegen einige Demonstranten Anklage wegen Hooliganismus.
25.8.2011	Der Internationale Währungsfonds verschiebt einen für Ende August angekündigten Besuch der Mission um zwei Monate, wodurch sich auch die Auszahlung der nächsten Tranche verzögern wird.
26.8.2011	Das Petschersker Bezirksgericht in Kiew erreicht ein Schreiben der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko. Darin fordert sie, den ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigen Präsidenten Wiktor Janukowytsch aufgrund der Unterzeichnung der Gasverträge mit Russland im Jahr 2007 strafrechtlich zu verfolgen. Sie selbst steht derzeit wegen Überschreitung ihrer Kompetenzen bei der Aushandlung der Gasverträge von 2009 vor Gericht.
26.8.2011	Das Energieministerium bestätigt eine neue Energiestrategie, der zufolge die Gaskäufe in Russland bis zum Jahr 2030 um zwei Drittel gesenkt werden sollen. Die Ukraine steht unmittelbar vor einer neuen Verhandlungsrunde mit Gazprom über den zukünftigen Gaspreis.
30.8.2011	Der Präsident Polens, Bronisław Komorowski, sagt in einem Interview, dass der Prozess gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko ein Hindernis auf dem Weg der Ukraine in die EU sei. Tags darauf äußert sich auch Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, besorgt über die politische Komponente der Inhaftierung Tymoschenkos. Der US-amerikanische Senator John McCain und der Präsident der Europäischen Volkspartei Wilfried Martens rufen die ukrainische Führung dazu auf, Tymoschenko auf Kautionsfreizulassen. Das Komitee für Fragen des internationalen Handels beim Europäischen Parlament kommt zu dem Schluss, dass Sanktionen gegen die Ukraine nicht hilfreich seien und ein Vorantreiben des Assoziierungsabkommens am ehesten dem Recht zu seiner Geltung ver helfe.
1.9.2011	Zum Tag des Wissens finden in verschiedenen Städten Protestaktionen gegen die Reformen des Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk statt.
1.9.2011	Das Außenministerium der Ukraine erklärt, dass das Land den nationalen Übergangsrat in Libyen als einzig legitime Macht anerkennt.
2.9.2011	Ministerpräsident Mykola Asarow erklärt den staatlichen Energieversorger Naftohas auflösen zu wollen, womit alle Verträge dieses Unternehmens hinfällig wären, auch die mit Gazprom. Die Verträge mit diesem Unternehmen von 2009 (für die kommenden 10 Jahre) widersprechen laut Asarow dem russisch-ukrainischen Regierungsabkommen von 2004.
3.9.2011	Bei einem Treffen der EU-Außenminister in Sopot erklärt die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die EU den Fall Tymoschenko mit großer Sorge verfolge, die Verhandlungen über die Abkommen mit der EU aber fortsetzen wolle. Der Französische Außenminister Alain Juppé äußert eine gegenteilige Meinung.
3.9.2011	Auf einem Treffen von Vertretern der GUS-Länder in Duschanbe ruft Präsident Wiktor Janukowytsch dazu auf, baldmöglichst die Vereinbarung über eine Freihandelszone zu unterschreiben.
5.9.2011	Der ehemalige Erste Stellvertretende Vorsitzende von Naftohas, Ihor Didenko, wird zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Seit Juli 2010 saß er wegen Verdachts auf Unterschlagung von Gas, das dem Unternehmen RosUkrEnergio gehörte, in Untersuchungshaft.

6.9.2011	Die 6. Sitzungsperiode des Parlaments wird eröffnet. Präsident Wiktor Janukowytsch nennt als zentrale Vorhaben u. a. die Bodenreform sowie die weitere Privatisierung. Als Zeichen des Protests gegen die Inhaftierung der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und des ehemaligen Innenministers Jurij Luzenko verlässt die Opposition den Sitzungssaal. Das Parlament verabschiedet mit 248 Stimmen einige Veränderungen an der Rentenreform und kommt damit einer der beiden zentralen Forderungen des IWF nach. Unter anderem wird festgelegt, dass das neue Gesetz ab 1.10.2011 Gültigkeit besitzt und die Pensionsansprüche nicht neu berechnet werden. Am 8.7.2011 war das Gesetz bereits vom Parlament bestätigt worden. Die Opposition kündigte an, vor dem Verfassungsgericht dagegen zu klagen.
6.9.2011	Auf einer Fraktionssitzung von Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes werden zwölf Mitglieder, die für die Charkiwer Verträge gestimmt oder sich der Regierungskoalition angeschlossen hatten, aus der Fraktion ausgeschlossen. In Zukunft wolle man Mitglieder bei abweichendem Stimmverhalten umgehend ausschließen. Die Betroffenen legen wegen Verfahrensfehlern Beschwerde gegen die Entscheidung ein.
8.9.2011	Das Petschersker Bezirksgericht in Kiew gestattet die Liveübertragung des Urteilsspruchs gegen Julija Tymoschenko.
8.9.2011	Der Fraktionsvorsitzende von Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung, Mykola Martynenko, tritt in die Partei Front des Wandels von Arsenij Jazenjuk ein und sagt, dies werde keinen Einfluss auf seine Arbeit als Fraktionsführer haben.
12.9.2011	Das Petschersker Bezirksgericht in Kiew vertagt die weiteren Verhandlungen im Prozess gegen Julija Tymoschenko unerwartet auf den 27.9., damit die Beteiligten genug Zeit haben, sich mit den Unterlagen bekannt zu machen.
13.9.2011	Bei einem Treffen in Aschgabat sprechen sich die Staatspräsidenten Turkmenistans und der Ukraine, Gurbanguly Berdymuchamedow und Wiktor Janukowytsch, für eine weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern aus. Verschiedene Wirtschaftsprojekte und die künftigen Gaslieferungen werden besprochen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de